

Arbeitsgruppe Arbeitsgesetzbuch der Rosa Luxemburg Stiftung

Ergebnisbericht

Ergebnisbericht zur Entwicklung und Lage der
Ausbildungssituation junger Beschäftigter in
Deutschland

Norman Driebe

**Im Auftrag der Arbeitsgruppe Arbeitsgesetzbuch und
unterstützt von der Rosa Luxemburg Stiftung**

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
Verzeichnis der Abbildungen, Diagramme und Tabellen.....	3
Abkürzungsverzeichnis.....	4
1. Einleitung.....	6
1.2. Zielsetzung und Aufbau	10
2. Geschichtlicher Abriss und Definition der Ausbildung	12
2.1. Entwicklung der Berufsausbildung.....	13
2.1.1. Berufsausbildung im Mittelalter	13
2.1.2. Berufsausbildung 18. Jahrhundert.....	14
2.1.3. Berufsausbildung 19. Jahrhundert.....	17
2.1.4. Berufsausbildung 20. Jahrhundert.....	19
2.1.5. Anfang bis Mitte des 20. Jahrhunderts.....	20
2.1.6. Mitte bis Ende des 20. Jahrhunderts	22
2.2. Entwicklung der Universitätsausbildung.....	24
2.2.1. Wissenschaft im Mittelalter	25
2.2.2. Wissenschaft im 18.-19- Jahrhundert.....	27
2.2.3. Wissenschaft im 20. Jahrhundert	28
2.3. Zwischenfazit zur Jahrtausendwende	32
3. Heutiger Entwicklungsstand (21. Jahrhundert)	33
3.1. Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland.....	33
3.2. Duale Berufsausbildung in Deutschland	34
3.3. Hochschulausbildung in Deutschland	36
3.4. Zwischenfazit	39

4. Relevante Entwicklungstendenzen der Ausbildungsformen in Deutschland und Europa	40
4.1. Entwicklung der dualen Berufsausbildung	42
4.2. Entwicklung der Hochschulausbildung.....	46
4.3. Vergleichende Entwicklung der dualen Berufsausbildung und der Hochschulausbildung	48
4.4. Zwischenfazit	51
5. Nachhaltigkeit in der dualen Berufsausbildung und an den Hochschulen.....	52
5.1. Problemaufriss.....	52
5.2. Versorgungssicherheit	53
5.3. Handlungsempfehlungen.....	54
5.4. Zwischenfazit	55
6. Fazit.....	56
7. Ausblick	57
Literaturverzeichnis.....	58
Anhang I.....	61
Anhang II.....	65
Anhang III.....	68

Verzeichnis der Abbildungen, Diagramme und Tabellen

Abbildung 1: Die drei Säulen der Nachhaltigkeit	8
Diagramm 1: Entwicklungskennzahlen der beiden Hauptausbildungsformen in Deutschland. Eigene Darstellung auf Grundlage der Statistiken vom Statistischen Bundesamt	41
Diagramm 2: Entwicklung der dualen Berufsausbildung im Handwerk. Eigene Darstellung auf Grundlage des statistischen Bundesamtes	44
Diagramm 3: Entwicklung der dualen Berufsausbildung in Industrie und Handel. Eigene Darstellung auf Grundlage des statistischen Bundesamtes	44
Diagramm 4: Trendanalyse/Prognose Auszubildende. Eigene Berechnung und Darstellung	45
Diagramm 5: Absolventen nach Fächergruppe. Eigene Darstellung auf Grundlage des Statistischen Bundesamtes	47
Diagramm 6: Absolventen nach Fächergruppen. Eigene Darstellung auf Grundlage des Statistischen Bundesamtes	47
Diagramm 7: Entwicklung nach Jahrgängen. Auf Grundlage des Statistischen Bundesamtes	50
Tabelle 1: Arbeitstabelle zur Berechnung des Bestimmtheitsmaßes auf Grundlage des statistischen Bundesamtes	67
Tabelle 2: Berechnung des Bestimmtheitsmaßes zur Prognose Erstellung auf Grundlage des statistischen Bundesamtes	70

Abkürzungsverzeichnis

ABB:	Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung
Agenda 21:	ist ein entwicklungs- und umweltpolitisches Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, ein Leitpapier zur nachhaltigen Entwicklung, beschlossen von 172 Staaten auf der <i>Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen</i> in Rio de Janeiro (1992)
AStA:	Allgemeiner Studenten Ausschuss
BAföG:	Berufs-Ausbildungsförderungsgesetz
BBiG:	Berufsbildungsgesetz
BDI:	Bundesverband der Deutschen Industrie
BetrVG:	Betriebsverfassungsgesetz
BRD:	Bundes Republik Deutschland
BIBB:	Bundesinstitut für Berufsbildung
DAF:	Deutsche Arbeitsfront
DATSCH:	Deutscher Ausschuss für Technisches Schulwesen
DDR:	Deutsche Demokratische Republik
DGB:	Deutscher Gewerkschaftsbund
DINTA:	Deutsches Institut für Technische Arbeitsschulung
FDJ:	Freie Deutsche Jugend
HU:	Humboldt Universität zu Berlin
HwO:	Handwerksordnung
JAV:	Jugend- und Auszubildenden Vertretung

KPD:	Kommunistische Partei Deutschland
OECD:	Organisation for Economic Co-operation and Development
SED:	Sozialistische Einheitspartei Deutschland
TU:	Technische Universität
VDI:	Verein Deutscher Ingenieure
VDMI:	Verein Deutscher Maschinenbauanstalten
VDS:	Verband Deutscher Studentenschaften
ZK:	Zentral Komitee

1. Einleitung

Nachhaltigkeit und die Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit sind Themen, die zu Zeiten der Ressourcenverknappung selbst in den Wirtschaftskrisen diskutiert werden. Doch was bedeutet Nachhaltigkeit für unser Leben heute und in Zukunft? Die Definition nach der Brundtland-Kommission in gekürzter Fassung nach Volker Hauff beschreibt eine nachhaltige Entwicklung wie folgt:

„Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“¹

Diese Definition riskiert jedoch, dass sich künftige Generationen in ihren Bedürfnissen einschränken müssen. So werden diese nicht mehr in den Genuss kommen, bestimmte Materialien verwenden zu können, da die nötigen Ressourcen schon heute verbraucht werden. Somit werden sich auch soziale Errungenschaften, welche als Bedürfnisse interpretiert werden können, nicht halten lassen können. Deshalb wird für diese Arbeit eine andere Definition, die für besser geeignet erachtet wird, verwendet.

„Eine nachhaltige Entwicklung strebt neben der internationalen Gerechtigkeit für heutige und künftige Generationen hohe ökologische, ökonomische und sozial-kulturelle Standards in den Grenzen des Umweltraumes an.“²

Nachhaltigkeit beschreibt also die drei Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales. Die Deutsche Bundesregierung hat sich seit dem Kyoto Protokoll nachhaltige Entwicklung auf die Fahne geschrieben. Mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und der Agenda 21 wurde nachhaltiges Handeln gesetzlich verankert. Doch was ist geblieben und was wurde umgesetzt von den großen Aufgaben dieser Zeit. Was hat sich in

¹ Volker Hauff: Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung: Greven 1987, S.46

² Holger Rogall: Volkswirtschaftslehre für Sozialwissenschaftler. Eine Einführung: Wiesbaden 2006, S. 98

Deutschland und in der Welt seit dem Klimagipfel in Rio de Janeiro 1992 geändert? Es geht längst nicht mehr nur um die Klimaveränderung auf der Erde. Es geht darum, die Existenz der Menschheit zu sichern, ohne dass die bisherigen Errungenschaften in Zukunft nur noch in den Geschichtsbüchern stehen. Mit den Errungenschaften sind nicht nur die technologischen Errungenschaften gemeint, sondern vor allem auch die sozialen Errungenschaften, die bisweilen mal weniger und mal mehr stark in Vergessenheit geraten sind. Die schnell wachsende und nicht aufzuhaltende Globalisierung trägt nicht nur zur weltweiten, in diesem Ausmaße nicht geahnten, Umweltverschmutzung und Ausbeutung unserer natürlichen Lebensgrundlage bei, sondern auch zu noch gravierenderen sozialen Verwerfungen, mit denen nicht gerechnet, oder beabsichtigt in Kauf genommen, wurde. Der Zusammenschluss der europäischen Länder zur Europäischen Union soll Europa als Wirtschaftsmacht stärken. Um jedoch als geschlossene und starke Gemeinschaft auftreten zu können, muss ein gemeinsamer Nenner gefunden werden. Darunter leidet seit den letzten Jahren vor allem der soziale Bereich. Arbeitnehmergesetze, Sozialleistungen und Ausbildungen werden auf die Bedürfnisse des Kapital- und Wirtschaftsmarktes angepasst. So soll maximaler Gewinn erwirtschaftet werden. Als Waffe des Kapital- und Wirtschaftsmarktes dient, dank der Globalisierung, das Outsourcing. Dabei ist die Verlagerung der Produktion, um Kosten zu sparen, keineswegs eine Erfindung der Moderne. Schon in der Antike wurden Sklaven auf dem Arbeitsmarkt gehandelt. Sie waren billig und es gab reichlich Nachschub. Bei der heutigen Variante, Outsourcing, geht es nicht mehr nur um die Produktion. Zur Produktion kommen inzwischen Lebensmittel, das sogenannte Humankapital und damit auch geistiges Kapital.

Genau an dieser Stelle setzt eine nachhaltige Entwicklung an. Unternehmen unterliegen dem Kapitalmarkt und handeln dementsprechend ökonomisch. Die nachhaltige Entwicklung hingegen, an der auch die Bundesregierung beteiligt ist, bezieht sich auf die drei Zieldimensionen der Nachhaltigkeit. Die Bundesregierung orientiert sich dabei an das sogenannte Drei-Säulen-Modell. Betrachtet man dieses Modell einmal näher, wird deutlich, dass bei

einer Konzentrierung auf den ökonomischen Bereich und gleichzeitiger Schwächung des ökologischen und sozialen Bereiches, die Konstruktion zusammenbricht. Das Dach dieser Konstruktion bezieht sich dabei auf den Umweltraum, der unsere Existenzgrundlage bildet. Um der bisherigen Entwicklung entgegenzuwirken, müssen politisch-rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die das Konzept der Nachhaltigkeit als Grundvoraussetzung allen Lebens in den Vordergrund stellt.



Abbildung 1: Die drei Säulen der Nachhaltigkeit³

Um eine nachhaltige Entwicklung und somit die drei Zieldimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales im Gleichgewicht halten zu können, darf es sich für Unternehmen wirtschaftlich nicht mehr lohnen, Outsourcing zu betreiben. Eine Methode, die momentan angewendet wird, ist den sozialen Bereich in den Industrieländern zu schwächen. Die Folgen sind Ausbeutung und Verelendung der arbeitenden Mehrheit. Diese Entwicklung fängt schon bei der Ausbildung an. Die duale Berufsausbildung wird verlängert, Rechte der Auszubildenden werden geschwächt, Ausbildungsvergütungen steigen nicht mehr, für viele Ausbildungen muss inzwischen bezahlt werden und nicht zuletzt wird eine Praktikantengeneration ausgebildet. In den letzten Jahren ist auch die Hochschulausbildung immer stärker von unsozialen

³ TU-Darmstadt (2012): Die drei Säulen der Nachhaltigkeit. Online: http://www.intern.tu-darmstadt.de/media/dezernat_iv/d4_grafiken/sulen_nachhaltigkeit.gif, download v. 11.03.2012

Verhältnissen betroffen. Die Krise wird durch den Bologna Vertrag deutlich spürbarer. Die Rechnung geht nur leider nicht auf. Zum einen lassen sich jetzt schon Tendenzen einer Bewegung erkennen, die weitaus größere Ausmaße annehmen wird als die Arbeiterbewegung im 19. – 20. Jahrhundert und zum anderen wird die ökologische Seite nicht ausreichend betrachtet. Die hohe Umweltbelastung kann nur durch Strafzahlungen, die dem Schutz der Umwelt dienen aufgefangen werden. Somit wird der Bedarf an Arbeitskräften durch Rückverlagerung in den Absatzmärkten gefördert. Dazu muss es gelingen, die Kaufkraft, durch zum Beispiel kürzere Ausbildungszeiten in bestimmten Bereichen und die Verringerung von Praktikantenverhältnissen, zu stärken. Weitere Aspekte werden neue Ausbildungsformen und die Veränderung der multimedialen Welt sein. Dessen Einfluss wird in den kommenden Jahren stark zunehmen, so dass auch in den neuen Bereichen Gesetze und Rechte erarbeitet werden müssen. Die duale Berufsausbildung wie es sie weltweit nur noch in Österreich, der Schweiz und Deutschland gibt, kämpft um ihr Überleben. Dabei ist diese Ausbildungsform in vielen Ländern sehr hoch angesehen. In Deutschland hingegen erlebt die duale Berufsausbildung gerade eine extreme Schwächung. Diese ist, nicht zuletzt durch den OECD Bildungsbericht, in weiten Teilen nicht mehr hoch angesehen. Schuld daran sind die Kriterien der OECD, bei der ein hohes Bildungsniveau an der Anzahl der Hochschul- und Fachhochschulabsolventen, sowie Meister, gemessen wird.⁴ Nur wenn junge Menschen wieder sicher in die Zukunft blicken können, wird es gelingen, eine Gesellschaft der Gerechtigkeit und Verantwortung zu formen. Dies wird nicht durch sozialen Kahlschlag oder Theoretisierung der Berufsausbildung gelingen, sondern gerade durch die Stärkung dieses Bereiches und der Erhöhung des Wissensstandes.

⁴ Vgl.: Tagesschau.de. Deutschland verliert bei Hochqualifizierten den Anschluss. Online: <http://www.tagesschau.de/inland/oeecd160.html>, download v. 26.04.2013

1.2. Zielsetzung und Aufbau

Das Ziel dieser Arbeit ist vorrangig, die aktuelle Situation der Ausbildung junger Menschen in Deutschland aufzuzeigen, um daraus notwendige Umgestaltungsmaßnahmen ableiten zu können. Das Ergebnis dieser Arbeit soll, unterstützend, zur Verbesserung der Ausbildungssituation, nicht nur für die duale Berufsausbildung, sondern auch für Studierende, führen. Dabei geht es um die Rechte und die Mitbestimmung der jungen Generation genauso wie eine angemessene Vergütung zur Unterhaltssicherung. Gerade bei der Wahl der Ausbildung junger Menschen ist die Kluft zwischen arm und reich in den letzten Jahren immer weiter auseinander gegangen. In der heutigen Gesellschaft kann theoretisch jeder jeden Beruf erlernen. Leider zeigt sich immer öfter, wie wenig Bedeutung diese Worte haben. Viele junge Menschen studieren nicht, weil sie sich das Studium nicht leisten können. Diejenigen, die studieren und ihr Einkommen mit Nebentätigkeiten aufstocken, vernachlässigen ihr Studium und brechen dieses nicht selten nach einigen Semestern ab. Bei der Wahl der Berufsausbildung spielen oftmals nicht mehr eigene Interessen eine Rolle sondern, mit welcher künftigen Arbeit ein existenzsicherndes Einkommen erzielt werden kann. Ein weiteres nicht zu verachtendes Ziel dieser Arbeit bezieht sich auf die Dauer der Ausbildung. Die Studiendauer hat sich nicht zuletzt durch den Bologna Prozess verkürzt, während die Dauer der dualen Berufsausbildung nun ähnlich lang wie die der akademischen Ausbildung ist. Es sollen Missstände in der Ausbildungspolitik dargestellt werden und Vorschläge zur Verbesserung der aktuellen Lage erarbeitet werden.

Nachfolgend werden für die Erarbeitung neuer Gesetze und Rechte junger auszubildender Menschen vier wesentliche Punkte ausführlich betrachtet. Dazu zählt die geschichtliche Entwicklung der Berufsausbildung und Universitätsausbildung vom Mittelalter bis heute. Anschließend wird der heutige Stand der Hochschulausbildung, der dualen Berufsausbildung sowie der Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland analysiert. Im Zuge der vorangegangenen Kapitel, wird im Kapitel 4 die Entwicklung anhand statistischer Modelle und Auswertungen betrachtet. Dabei wird auch eine

Trendanalyse erarbeitet, um festzustellen, in welchen Bereichen Nachholbedarf besteht und welche Bereiche jetzt schon für die Zukunft fokussiert werden sollten. Anschließend wird dieser soziale Bereich aus Sicht der Nachhaltigkeitskriterien überprüft, worauf eine Schlussfolgerung und ein Ausblick folgen.

2. Geschichtlicher Abriss und Definition der Ausbildung

Bevor mit der eigentlichen Arbeit dieses Berichts begonnen wird, soll die geschichtliche Entwicklung der Ausbildung näher erläutert werden. Dazu muss an dieser Stelle erst einmal geklärt werden, was Ausbildung ist und welche Bedeutung diese für die Menschheit und somit für den Verlauf der Menschheitsgeschichte hat.

Ausbildung ist nach heutigem Stand die Vermittlung von Kenntnissen, Fertigkeiten und Wissen einer Person oder Personengruppe. Ausbildung kann aber auch die Erziehung der sogenannten Jugend sein. Platon schrieb dazu folgenden Satz:

„Wenn unsere Jugend richtig erzogen ist und richtig erzogen wird, werden alle unsere Angelegenheiten einen glücklichen Verlauf nehmen, wenn aber nicht – nun, das bleibt besser ungesagt.“⁵

Mit diesem Zitat betonte Platon schon ca. 350 v. Chr. die Notwendigkeit der Vermittlung von Werten und Wissen zur nächsten Generation. Im Grunde genommen liegt diese Verhaltensweise noch viel weiter zurück. Wissen, Kenntnisse und Fähigkeiten wurden schon vor mehr als 10.000 Jahren v. u.Z. von Generation zu Generation weitergegeben. Ohne die Fähigkeit, Wissen generationsübergreifend weiter zu geben, hätte sich die Menschheit nicht in dem Ausmaße entwickeln können. Fundierte Aufzeichnungen über ein Bildungssystem gibt es erst seit dem Mittelalter. Aus diesem Grund beginnen die Untersuchungen auch erst ab der Zeit der Zünfte, gefolgt vom 18. und 19. Jahrhundert und der Neuzeit.

⁵ Platon (*427 – †348/347 v. Chr.): Schule und Erziehung in Zitaten von Philosophen.
Autor: Klaus P. Beer. Online: schule_erziehung-01.pdf, download v. 12.03.2012

2.1. Entwicklung der Berufsausbildung

Die Ausbildung kann in zwei Kategorien geteilt werden. Zum einen die Berufsausbildung, im Mittelalter vorwiegend handwerklich geprägt, und zum anderen wissenschaftlich, bis in das 19. Jahrhundert war diese vorwiegend dem Adel und reichen Kaufleuten vorbehalten. Es gab jedoch im alten Rom und Griechenland schon um 350 v.u.Z. die Möglichkeit, seine Kinder zur Schule zu schicken, auch mit wenig finanziellen Mitteln. Nur das Studieren blieb auch dort noch den reichen Familien vorbehalten. Als erstes werden die duale Berufsausbildung und anschließend die universitäre wissenschaftliche Ausbildung dargestellt.

2.1.1. Berufsausbildung im Mittelalter

Zünfte wurden im 12. Jahrhundert gebildet und waren Vereinigungen oder Zusammenschlüsse von Angehörigen eines Gewerbes oder eines Handwerks. Der Grund dafür waren unter anderem, wachsende Städte und somit Ungleichgewichte auf dem Markt. Ständiger Preisdruck und der Zwang, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, zwangen die Marktteilnehmer, sich zu vereinigen. Ein, für die Teilnehmer, Nebeneffekt waren Preisabsprachen und die Sicherheit, dass sich Nichtmitglieder der Zünfte in der Umgebung nicht niederlassen konnten. In der eigenen nicht staatlich kontrollierten Zunftordnung wurden außer den Marktpreisen auch Vorgaben zur Gütekontrolle, Einkommen der Meister und die Ausbildung sowie die Aufnahmebedingungen festgelegt. Die Frauen und Mägde hatten zu jener Zeit keine besonderen Rechte und waren lediglich Hilfskräfte. Anders als heute wurde nur die Qualifikation des Meisters verbrieft. Ausbildungsgehalt gab es nicht. Im Gegenteil, oft zahlten die Familien dem Meister Geld für die Ausbildung. Betrachtet man die Dauer der Lehrzeit wird deutlich, dass sie sich im Vergleich zu heute kaum, wenn nicht sogar gar nicht, geändert

hat. Je nach Beruf betrug diese 2 – 4 Lehrjahre, wobei diese auch bei spezialisierten Gewerben länger dauern konnte.

In den Zünften des Mittelalters herrschte eine strenge, für heutige Verhältnisse undenkbare, Hierarchie. Erkennbar ist diese jedoch auch heute noch. Erst kam der Meister dann der Geselle und zum Schluss der Lehrling.

Im Mittelalter hieß Ausbildung strikte Unterordnung, Gehorsam und schwere Arbeit. Einen Rückzugsort hatten Lehrlinge in der Regel nicht. Sie mussten irgendwo in der Ecke des Betriebes schlafen. Bestrafungen gab es ausschließlich durch körperliche Gewalt.⁶ Eine Altersgrenze wie alt der Lehrling mindestens sein musste, gab es nicht. In der Landwirtschaft und im Hausgewerbe war es gerade zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert üblich, Kinder schon mit 7 Jahren arbeiten zu schicken. Die Struktur der Zünfte entwickelte sich hingegen in Russland nicht. Erst mit Peter 1. wurde ein Ausbildungssystem aufgebaut und mit Gesetzen untermauert. Bis ins 18. Jahrhundert entwickelte sich die Ausbildungsform der Zünfte im deutschsprachigen Raum kaum weiter. Die Handwerksmeister der Zünfte standen in der Kritik, da sie mit der Verbreitung des technologischen Fortschritts, ihre eigene Arbeit in Gefahr sahen. Gesetzliche Regelungen wie ausgebildet werden musste und wer die Befähigung dazu hatte, wurden in Deutschland erst im 18. – 19. Jahrhundert eingeführt.

2.1.2. Berufsausbildung 18. Jahrhundert

Das 18. Jahrhundert war für die Entwicklung der Berufsausbildung in Deutschland, die vorwiegend handwerklich geprägt war, nicht von großer Bedeutung. Da jedoch zu dieser Zeit, in anderen europäischen Ländern durch gesellschaftliche und soziale Umbrüche, einschneidende Veränderungen stattfanden, die schließlich auch zu Veränderungen in Deutschland führten, wird an dieser Stelle auch das 18. Jahrhundert betrachtet.

⁶ Vgl. Europäische Zeitschrift, Berufsbildung Nr. 32: Zur Geschichte der beruflichen Bildung in Europa. Von der Divergenz zur Konvergenz: Belgien 2004, S. 8

Wie im vorigen Abschnitt schon erwähnt, standen die Zünfte gerade im 17. Jahrhundert in der Kritik. Die Ständeordnung und Struktur der Zünfte war starr und wenig fortschrittlich. Durch die Herrschaftsergreifung Peter 1. in Russland 1689, entwickelte sich im Gegensatz zum deutschsprachigen Raum ein staatlich geprägtes Schul- und Ausbildungssystem. Da das per Gesetz erlassene Ausbildungssystem aus dem damaligen Russland effizient war, wurde dieses später auch in anderen europäischen Ländern angewendet. Im darauf folgenden Jahrhundert entstand in England mit der Entwicklung der Dampfmaschine die Industrialisierung. Die Berufsordnung der Zünfte wurde in England als überflüssig betrachtet und abgeschafft. Da jetzt immer mehr neue Maschinen im Einsatz waren, wurden keine Fachkräfte mehr gebraucht. Die Arbeit an den Maschinen konnten fortan von unqualifiziertem Personal verrichtet werden.⁷ In Frankreich wurde, zum Vergleich, das Zunftwesen erst mit der Französischen Revolution abgeschafft. Die Ereignisse im späten 17. Jahrhundert und im 18. Jahrhundert gingen nicht spurlos an Deutschland vorüber. 1731 wurde im Reichstag in der Handwerksgesetzgebung eine einheitliche Zunftordnung festgelegt, die bis 1806 bestehen blieb. Somit wurde die Abschaffung der Zünfte vermieden und nur auf eine Regulierung begrenzt. Das lag nicht zuletzt an dem Einfluss der Zünfte. Mit der Regulierung wurden Preisabsprachen vermieden, Zunftbräuche verboten, Kartelle verboten, sowie „Art und Weise der Zulassung als Lehrling, des Lehrbriefs, der Wanderjahre und des Meisterstücks“⁸ festgesetzt. 1772 kam dann noch das Verbot der Beschränkung der Lehrlings- und Gesellenzahl hinzu. Leider mangelte es oft an der Durchsetzung der Gesetze. Damit hatten, Ende des 18. Jahrhunderts in Deutschland, die Zünfte oftmals noch zu viel Einfluss auf die Ausbildung und Erziehung der Lehrlinge. Dieser Missstand sollte sich erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts ändern.

Da der Lehrling oft als Familienmitglied des Meisters angesehen wurde und somit der Erziehung des Meisters unterstand, wurden Lehrlinge oftmals als

⁷ Vgl. Europäische Zeitschrift, Berufsbildung Nr. 32: Zur Geschichte der beruflichen Bildung in Europa. Von der Divergenz zur Konvergenz: Belgien 2004, S. 9 - 10

⁸ Günter Petzold/Manfred Wahle: Ideen- und Sozialgeschichte der beruflichen Bildung: Günter Petzold/Manfred Wahle (Hg): Entwicklungslinien der Berufsbildung von der Ständegesellschaft bis zur Gegenwart, Baltmannsweiler 2009, S. 16

Hausknechte missbraucht. 1780 wurde in den kursächsischen General-Innungsartikeln festgelegt, „dass die Zahlung des Lehrgeldes an den Meister von einem Nachweis über eine angemessene handwerkliche Ausbildung abhing.“⁹ Interessanterweise hing die Dauer der Lehrzeit oft auch von der Lehrgeldzahlung der Familie an den Meister ab. Je mehr bezahlt wurde, desto kürzer die Ausbildungszeit. Begründet wurde das mit dem Aufwand und den Kosten für die Meister, da die Lehrlinge, bis auf das Baugewerbe, bei den Meistern untergebracht waren und diese auch für die Erziehung und das Wohl der Lehrlinge verantwortlich waren. Konnte eine Familie also nicht ausreichend Lehrgeld zahlen, musste der Lehrling seine Schuld durch längere Ausbildungszeit abarbeiten.

Es zeichnete sich im 18. Jahrhundert, durch die wachsende Kritik an den Zünften, eine zunehmende Einflussnahme der deutschen Territorialstaaten ab. Die Zunftautonomie wurde zwar eingeschränkt, jedoch wurde die doppelte Funktion der Lehrlingsausbildung durch die staatliche Regulierung bestätigt und gefördert. Zusätzlich zum Staat, bei dem sich immer mehr das absolutistische Staatsverständnis herausbildete, wurden auch private Initiativen auf dem Gebiet der Berufsausbildung aktiv. Dazu zählten auch die sogenannten Patriotischen Gesellschaften in der gewerblichen Ausbildung. Das Ziel war es, die Missstände in der Berufsausbildung zu beheben und die Ausbildung grundlegend zu modernisieren. Dazu zählte die Produktionsweise zu verändern, sich mit den technischen und naturwissenschaftlichen Problemen auseinanderzusetzen und nicht zuletzt die Erziehung zum Gewerbefleiß und einer zeitgerechten sogenannten Arbeitsmoral umzugestalten. Zu dieser Zeit entwickelte sich, gerade durch diese privaten Initiativen der Leistungsgedanke im deutschen Raum. Man kann alles, durch mehr Leistung und Fleiß, erreichen. Mit diesen Gedanken, die durch die privaten Initiativen und vor allem der Patriotischen Gesellschaften verbreitet wurden, bekam der Arbeitsbegriff einen positiven Klang. Somit standen diejenigen, die nicht arbeiteten außerhalb des bürgerlichen Ordnungs- und Normensystems. Arbeit wurde also letztendlich

⁹ Günter Petzold/Manfred Wahle: Ideen- und Sozialgeschichte der beruflichen Bildung: Günter Petzold/Manfred Wahle (Hg): Entwicklungslinien der Berufsbildung von der Ständegesellschaft bis zur Gegenwart, Baltmannsweiler 2009, S. 20

zu einem Zwang und die Leistungsgesellschaft war geboren. Allein zwischen 1760 und 1820 entstanden im deutschen Sprachraum rund 60 patriotisch-gemeinnützige Gesellschaften.¹⁰ Der Staat kam wie so oft wieder einmal zu spät. Dennoch, bei allen eben genannten negativen Effekten gab es auch positive Effekte. So wurde gerade durch und mit den patriotischen Gesellschaften eine schulische Berufsausbildung im deutschsprachigen Raum eingeführt, die oftmals die Gesellschaften finanzierten.

2.1.3. Berufsausbildung 19. Jahrhundert

Das 19. Jahrhundert ist die Ära Karl Marx. Ausgehend von der Arbeiterbewegung und der Arbeit vieler Revolutionäre, darunter zählen natürlich auch Rosa Luxemburg, Karl Marx und Friedrich Engels, änderten sich auch in dem Bereich der Ausbildung grundlegende Dinge. Die größtenteils liberalen patriotisch-gemeinnützigen Gesellschaften förderten vor allem den rasant wachsenden kapitalistischen Grundgedanken. Wozu der Staat nicht in der Lage war zu regulieren, nutzte die kapitalistische Elite für sich, um ihre Wertvorstellungen und ihre Moral zu verbreiten. Im gleichen Atemzug schaffte es die kapitalistische Elite, wenige effiziente Arbeiter (nachfolgend Beschäftigte) durch viele, weniger effiziente, Frauen und Kinder abzulösen, welche gleichzeitig weniger Lohn bekamen, jedoch am Ende des Tages mehr Kapital erwirtschafteten. Dadurch wurde auch die häusliche Arbeit der Frau und Kinder ersetzt und der Konsum gefördert.¹¹ Diese Entwicklung war gerade in England deutlich zu beobachten. Aus diesen Missständen, die in ganz Europa gehäuft auftraten, entwickelten sich in den zwanziger und dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts Arbeiterbewegungen. Die kontrovers diskutierte Debatte über die Ausbildung blieb davon ebenso wenig verschont wie Deutschland als

¹⁰ Vgl. Günter Petzold/Manfred Wahle: Ideen- und Sozialgeschichte der beruflichen Bildung: Günter Petzold/Manfred Wahle (Hg): Entwicklungslinien der Berufsbildung von der Ständegesellschaft bis zur Gegenwart, Baltmannsweiler 2009, S.23

¹¹ Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch1: Der Produktionsprozeß des Kapitals: Friedrich Engels (Hg), Hamburg 1890: 13. Kapitel – Maschinerie und große Industrie, Berlin 1962, S. 416 - 424

solches. Obwohl die sich abzeichnende Arbeiterbewegung und Ungleichgewichte in der Gesellschaft voranschrritten, wurde die Berufsausbildung weiter, durch die allgemeine Gewerbeordnung von 1845, ökonomisiert. In dieser wurde im Grunde genommen, bis auf wenige Ausnahmen, jeder Gewerbetreibende befähigt, auszubilden. Dabei musste jetzt nicht nur im Handwerk dem Meister Lehrgeld gezahlt werden, sondern jedem Gewerbetreibenden der eine sogenannte Berufsausbildung anbot. Auf die pädagogische Ausbildung wurde im Gegenzug kein Wert mehr gelegt.¹² Erst 1849, nach der Revolution in Deutschland, wurde der Grundsatz der Gewerbefreiheit erheblich eingeschränkt. Seit dem unterliegt das Gewerbe immer wieder wirtschaftlichen Schwankungen und deren sich ändernden Forderungen. So waren die fünfziger und sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts, durch die Niederlage der deutschen Revolution, überschattet von einer Wachstumsphase des Kapitalismus und der Beseitigung von revolutionären Errungenschaften.¹³ 1869 wurde die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes liberalisiert, während 1878 der Zwang der Unterordnung der Lehrlinge auf den Lehrherrn überging. Diese Entwicklung ist auf das steigende Selbstbewusstsein der Jugend mit Unterstützung der Arbeiterbewegung zurückzuführen. Bis Ende des 19. Jahrhunderts zählten Lehrlinge unter 16 Jahren in einer Fabrik zu den jugendlichen Fabrikarbeitern. Das förderte unweigerlich die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterklasse, obwohl der weitverbreitete § 44 der Gewerbeordnung von 1849, 1869 bzw. 1878 für ganz Deutschland galt.

„Als Lehrling ist jeder zu betrachten, welcher bei einem Lehrherrn zur Erlernung eines Gewerbes in Arbeit tritt, ohne Unterschied, ob die Erlernung gegen Lehrgeld oder unentgeltliche Hilfsleistungen stattfindet, oder ob für die Arbeit Lohn gezahlt wird.“¹⁴

¹² Vgl. Günter Petzold/Manfred Wahle: Ideen- und Sozialgeschichte der beruflichen Bildung: Günter Petzold/Manfred Wahle (Hg): Entwicklungslinien der Berufsbildung von der Ständegesellschaft bis zur Gegenwart, Baltmannsweiler 2009, S. 31 - 34

¹³ Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 1. Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, Berlin 1966, S. 183 - 185

¹⁴ Günter Petzold/Manfred Wahle: Ideen- und Sozialgeschichte der beruflichen Bildung: Günter Petzold/Manfred Wahle (Hg): Entwicklungslinien der Berufsbildung von der Ständegesellschaft bis zur Gegenwart, Baltmannsweiler 2009, S. 35

An dieser Missachtung gesetzlicher Regelungen wird deutlich, welche Auswirkungen die industrielle Revolution auf die staatliche Einflussnahme hatte. Die Berufsausbildung blieb für viele bis Mitte des 20. Jahrhunderts ein Mysterium, da es keine klaren und einheitlichen Regelungen gab und ständig neue Änderungen, zum Leidwesen der Jugend, stattfanden. 1897 wurde dann das sogenannte Handwerkerschutzgesetz erlassen. Damit wurde das Handwerk als normgebend für die Berufsausbildung gestellt, aber gleichzeitig der Industriebetrieb als gleichwertiger Lernort angesehen.¹⁵ Es zeichnete sich immer mehr eine Mittelstandspolitik ab, die eine Pluralität der Berufsausbildung forderte und förderte. Es kann eine positive Entwicklung der Berufsausbildung spätestens seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts nicht geleugnet werden. Nachdem Innungen und Vereinigungen zur Regelung der Berufsausbildung immer mehr an Bedeutung gewannen, entwickelte sich gerade in den Industriebetrieben eine strukturierte Ausbildungsform mit Hilfe von Lehrwerkstätten. Die pädagogische Ausbildung richtete sich jedoch immer noch weitestgehend nach dem Leistungsprinzip. Ob diese Entwicklung positive Auswirkungen auf die Berufsausbildung hatte, wird sich in den nächsten Kapiteln zeigen.

2.1.4. Berufsausbildung 20. Jahrhundert

Durch die Ereignisse zu Beginn des 20. Jahrhunderts musste es der deutschen Industrie und den Großgrundbesitzern gelingen, die nachfolgende Generation für sich zu gewinnen. Nicht zuletzt durch das Vielparteiensystem in der Weimarer Republik und das Wissen um die Bedeutung der nachfolgenden Generation, gelang es, die Berufsausbildung zu strukturieren, sozialer zu gestalten und ein Schulsystem einzuführen. Gerade um die riesige Kriegsmaschinerie erhalten zu können, musste sich etwas an der veralteten und für nicht bedeutsam empfundenen Berufsausbildung, ändern. Die ersten Schritte leitete, wie eben schon

¹⁵ Vgl. Günter Petzold/Manfred Wahle: Ideen- und Sozialgeschichte der beruflichen Bildung: Günter Petzold/Manfred Wahle (Hg): Entwicklungslinien der Berufsbildung von der Ständegesellschaft bis zur Gegenwart, Baltmannsweiler 2009, S. 43 - 45

erwähnt, die Industrie selbst ein, anschließend die Weimarer Republik und zur Zeit der Nationalsozialisten wurden diese Gesetze dann noch verschärft. 1969 wurde dann in der damaligen BRD das Berufsbildungsgesetz erlassen, worauf später noch einmal zurückgekommen wird. Um jedoch einen groben aber verständlichen Überblick über die Entwicklungen der Berufsausbildung in Deutschland im 20. Jahrhundert zu verschaffen, wird dieses Jahrhundert im folgenden in zwei Abschnitte unterteilt und näher betrachtet.

2.1.5. Anfang bis Mitte des 20. Jahrhunderts

Die industrielle Revolution und der daraus resultierende Klassenkampf gingen, mit der russischen Revolution des Proletariats in den Jahren 1905 – 1907, in die zweite Runde. Zu dieser Zeit befürworteten viele Sozialisten und Sozialdemokraten in ganz Europa und über europäische Grenzen hinaus, die russische Revolution und leisteten durch ihren Widerstand, sowie ihre schützende Hand über emigrierte Russen, einen wichtigen Beitrag zur kommunistischen Bewegung. Gewerkschaften riefen, auch wenn mit Zögern, zu Streiks auf und forderten mehr soziale Gerechtigkeit. In Europa gewann die Arbeiterklasse an Ansehen und baute ihre „Anstrengungen im Kampf um die nationale und soziale Befreiung“¹⁶ aus. Schon im Jahr 1908 gründete der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) und der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten (VDMA) den Ausschuss für Technisches Schulwesen (DATSCH). 1919 nach Ende des ersten Weltkrieges fanden sich Regelungen zur Berufsausbildung in den Nürnberger Beschlüssen vom 10. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wieder. Der DATSCH arbeitete 1926 an der Berufsabgrenzung der Ausbildung, welches an den Leitsätzen von 1911 anknüpfte, in denen die Arbeiterpositionen in drei Berufsgruppen eingeteilt

¹⁶ Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 2. Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1917, Berlin 1966, S. 87

wurden.¹⁷ Im ersten Weltkrieg wurden von deutschen Psychologen Messverfahren entwickelt, um herauszufinden, wer unter Kriegsbedingungen fähig, ist ein Kraftfahrzeug zu steuern.¹⁸ Das war auch der Beginn in der Berufsausbildung ein erweitertes Leistungsdenken zu integrieren. Betrachtet man nun den zeitlichen Verlauf der Bemühungen der Wirtschaft und Industrie, die Berufsausbildung weiterzuentwickeln wird deutlich, dass diese Bemühungen nur einem Zweck dienten. Es sollten der Industrie schnelle effiziente und spezialisierte Arbeitskräfte zugeführt werden und gleichzeitig ausreichende Bedingungen geschaffen werden, um einen Aufstand oder gar eine Revolution zu verhindern. Anhand der nachfolgenden Jahre lässt sich diese These durch eine, je nach Wirtschaftslage, Verbesserung der Gesetze von Berufsausbildung und Rechte der Auszubildenden untermauern. Dabei wurde natürlich immer auch das Ziel der Fachspezialisierung verfolgt. Im Jahr 1927 wurde ein offizieller Gesetzesvorschlag zur Abgrenzung der Berufsausbildung in Abstimmung mit der Industrie bekannt gegeben.

Die Kohle- und Stahlindustrie konstituierte 1925 das Deutsche Institut für Technische Arbeitsschulung (DINTA), welches dann eine strukturelle Vereinheitlichung des Ausbildungswesens forderte. Seit den 1920er Jahren wurde kontinuierlich an der Weiterentwicklung der Berufsausbildung gearbeitet. Dabei gelang es, die praktische Ausbildung von Lehrlingen bei großen Industriebetrieben in Lehrwerkstätten zu verlagern, Lehrgänge zu integrieren und die theoretische Ausbildung in Werksschulen voranzutreiben.¹⁹

An allen, für die Auszubildenden, positiven Entwicklungen zu jener Zeit und der nachfolgenden, waren die Arbeiterparteien maßgeblich beteiligt. Auch die Jugend beteiligte sich stark an der Verbesserung ihrer eigenen Situation. So stellte die Jugendbewegung 1926 einen Forderungskatalog

¹⁷ Vgl. Günter Petzold/Manfred Wahle: Ideen- und Sozialgeschichte der beruflichen Bildung: Günter Petzold/Manfred Wahle (Hg): Entwicklungslinien der Berufsbildung von der Ständegesellschaft bis zur Gegenwart, Baltmannsweiler 2009, S. 61

¹⁸ Vgl. Europäische Zeitschrift, Berufsbildung Nr. 32: Zur Geschichte der beruflichen Bildung in Europa. Von der Divergenz zur Konvergenz: Belgien 2004, S. 13 - 14

¹⁹ Vgl. Günter Petzold/Manfred Wahle: Ideen- und Sozialgeschichte der beruflichen Bildung: Günter Petzold/Manfred Wahle (Hg): Entwicklungslinien der Berufsbildung von der Ständegesellschaft bis zur Gegenwart, Baltmannsweiler 2009, S. 62 - 65

zusammen, von denen einige mit Hilfe der linken Parteien durchgesetzt werden konnten. Ein Auszug der Forderungen von 1926 befindet sich im Anhang I 1 S. 61²⁰

Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 und der damit verbundenen NS-Diktatur änderte sich auch schlagartig die bis dahin fortschrittliche Arbeit der Arbeiterbewegungen. Die NS-Ausbildungspolitik wirkte im ersten Augenblick auf die eigentliche Ausbildung recht fortschrittlich, jedoch waren die Rechte junger Menschen eher rückläufig. Um sich diesen Zustand ins Gedächtnis zu rufen wird auf das Zitat aus einer gemeinsamen Erklärung der KPD und des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands vom 12. April 1941, welches sich im Anhang I 2 auf Seite 63 befindet, verwiesen.

2.1.6. Mitte bis Ende des 20. Jahrhunderts

Nach Ende des zweiten Weltkrieges, mit der Teilung Deutschlands, wurden auch die bis dahin geltenden Ausbildungsformen neu überdacht und überarbeitet. In der BRD hielt man sich grundlegend an die alte Struktur der Weimarer Republik. Diese wurde jedoch mit den damals aktuellen Berufsausbildungsfragen diskutiert. Die Bemühungen gingen dahin, dass die bestehende Berufsausbildung stabilisiert und restauriert werden sollte. Eine entscheidende Rolle spielten damals in der BRD der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung (ABB). Diese Institutionen befassten sich ausschließlich mit den Fragen der Berufspädagogik, der unterschiedlichen Berufsausbildungen in Handwerk und Industrie, sowie der Debatte über die Lernorte, Betriebe und Berufsschulen. 1969 trat dann das Berufsbildungsgesetz in der BRD in Kraft. Das zu jener Zeit entstandene duale Berufsausbildungssystem besteht weitestgehend bis heute. Mit dem Berufsbildungsgesetz und den

²⁰ Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 4. Von 1924 bis Januar 1933, Berlin 1966, S. 463 - 464

Regelungen der Handwerksordnung (HwO) legte der Bund die Rahmenbedingungen für die betriebliche und berufsschulische Ausbildung fest. Die Zuständigkeit der Berufsausbildung lag bis dato in der Zuständigkeit des Bundes. Lediglich die schulische Berufsausbildung ist inzwischen den Bundesländern übertragen worden. Mit dem Berufsbildungsgesetz sollten folgende Ziele erreicht werden:

„ Eine Verbesserung der Anpassungsfähigkeit des Berufsbildungssystems an den technologischen und strukturellen Wandel,

eine Stärkung der beruflichen und sozialen Chancen der Arbeitnehmer,

eine Beendigung der Zersplitterung im Berufsbildungsrecht sowie eine Normierung von bisher nicht geregelten Bereichen,

im Schwerpunktbereich der Berufsausbildung eine Anknüpfung an das Duale System und die Übernahme wesentlicher Ergebnisse der Ordnungsarbeit der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, indem man ursprünglichen Kammerregelungen vielfach Gesetzes- oder Verordnungskraft verlieh.“²¹

Die entscheidende Errungenschaft war jedoch, dass für die Weiterentwicklung der Berufsausbildung, paritätische Gremien und Sozialpartner beteiligt waren.²² Weitere wichtige Verbesserungen sind dem Anhang I 3 Seite 63 zu entnehmen.

In den 1970er und 80er Jahren gab es im Zuge der Wirtschaftskrise, der Jugendbewegung und der erstmals aufkommenden Ökobewegung eine Reformdebatte zur dualen Berufsausbildung. In den 1960er Jahren waren Automatisierungs- und Rationalisierungsthemen ausschlaggebend für Veränderungen im Ausbildungswesen. Weiterhin war der Wiederaufbau nach den Kriegsjahren weitestgehend abgeschlossen und die wirtschaftliche Leistung nahm ab. Im Zuge dessen wurde die schulische Ausbildung neu überdacht und überarbeitet. Somit wurden weitestgehend die Hürden zwischen der elitären Gemeinschaft, der es überwiegend vorbehalten war

²¹ Günter Petzold/Manfred Wahle: Ideen- und Sozialgeschichte der beruflichen Bildung: Günter Petzold/Manfred Wahle (Hg): Entwicklungslinien der Berufsbildung von der Ständegesellschaft bis zur Gegenwart, Baltmannsweiler 2009, S. 79

²² Vgl. Günter Petzold/Manfred Wahle: Ideen- und Sozialgeschichte der beruflichen Bildung: Günter Petzold/Manfred Wahle (Hg): Entwicklungslinien der Berufsbildung von der Ständegesellschaft bis zur Gegenwart, Baltmannsweiler 2009, S. 79

auch einen höheren Abschluss bzw. Studium zu absolvieren, und dem Rest der Gesellschaft, überwunden.

In der ehemaligen DDR gab es seit 1968 eine Berufsbildungspflicht und den Anspruch auf eine Ausbildung für jeden Jugendlichen. Durch die überwiegend staatliche Regulierung konnte gewährleistet werden, dass jeder in der DDR lebende Jugendliche auch einen Ausbildungsplatz erhielt. Weiterhin konnten durch die realitäts- und betriebsnahe Ausbildung, Berufs- und Qualifikationsstrukturentwicklungen schnell umgesetzt werden. Die Struktur in der ehemaligen DDR war darauf ausgerichtet, dass selbst ohne einen Schulabschluss ein Ausbildungsberuf erlernt werden konnte. Für diejenigen, die sehr gute Leistungen erbrachten, ermöglichte der Staat eine Ausbildungsform, die auch in den aktuellen Diskussionen wieder thematisiert wird. Dabei wird das Abitur zeitgleich mit einer Berufsausbildung absolviert. Der Vorteil liegt darin, dass bei Studienabbruch eine Alternative vorhanden ist und zusätzlich wird die Verbindung von Theorie und Praxis im Denken der Jugendlichen verankert.

Die Rechte der Auszubildenden kamen keinerlei zu kurz. Es gab zwar in der DDR eine strikte Hierarchie in den Ausbildungsstätten, jedoch wurde großen Wert auf die Meinung und Vorschläge der Auszubildenden gelegt. Gemeinsam mit dem Gewerkschaftsbund und der FDJ wurden Fragen der Berufsausbildung debattiert, Missstände behoben und die Berufsausbildung weiterentwickelt.

2.2. Entwicklung der Universitätsausbildung

Wie die berufliche Ausbildung hat auch die wissenschaftliche Ausbildung verschiedene Entwicklungsstufen hinter sich gelassen und wird fortwährend weiterentwickelt. Die Geschichte der Wissenschaft als solche reicht bis ins alte Ägypten und Mesopotamien. Zu jener Zeit wurde die Wissenschaft auf naturwissenschaftliche Erkenntnisse beschränkt. In der Antike wurde die Wissenschaft dann mit der Philosophie verknüpft. Als erste Einrichtung, in

der Wissenschaft gelehrt und betrieben wurde, zählt heute die Platonische Akademie in Athen. Diese wurde um 387 v.Chr. gegründet.²³ Im Folgendem wird die Entwicklung der wissenschaftlichen Lehre seit dem Mittelalter bis heute in chronologischer Reihenfolge erläutert. Ähnlich wie bei der beruflichen bzw. handwerklichen Ausbildung entwickelte sich die wissenschaftliche Lehre anfangs langsamer. Erst um 1800 herum beschleunigte sich dieser Prozess und führte zu den heutigen Strukturen.

2.2.1. Wissenschaft im Mittelalter

Die ersten europäischen Universitäten entstanden im Mittelalter. Dabei zählt die Universität zu Bologna in Italien zu der erst genannten. Diese wurde um 1088 gegründet. Alle Universitäten im Hoch- und Spätmittelalter, welche im europäischen Raum entstanden, waren in der Regel kirchlich unterstellt. Die Kirche hatte zu jener Zeit einen enormen Einfluss, vor allem auch an den üblichen kaiserlichen Höfen oder sonstiger Landesherrschaften. Somit genossen auch die Universitäten ein besonderes Privileg.²⁴ Durch die immer öfter auftretenden Konflikte zwischen der Kirche und dem Kaisertum sowie des städtischen Bürgertums, als Ausdruck des sich herausbildenden Kapitals, bildeten sich in dieser Zeit auch neue Wissenschaftsbereiche. Die wohl bekannteste ist die Rechtswissenschaft. Weiterhin bildeten sich sogenannte Nationes oder religiöse Bruderschaften. Meist waren dies noch Zusammenschlüsse aus Lehrenden und Studenten.²⁵ Die Strukturen von Universitäten waren für damalige Verhältnisse sehr demokratisch. Sie waren gegenüber der jeweiligen Stadt oder dem Staat autonom und besaßen eine eigene Gerichtsbarkeit. Die Ämter der Universitäten wurden durch Wahlen und nur auf eine bestimmte Zeit vergeben, was eine alternde Struktur und

²³ Vgl. kiwithek: Geschichte der Wissenschaft. Online: http://kiwithek.kidsworld.at/index.php/Geschichte_der_Wissenschaft, download v. 29.04.2013

²⁴ Vgl. Universität Leipzig (2013): Das Mittelalter und die Gründung europäischer Universitäten. Online: <http://www.uni-leipzig.de/~agintern/uni600/ug100d.pdf>, download v. 04.05.2013

²⁵ Vgl. Universität Bielefeld (2013): Hochschulentwicklung vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Hochschulentwicklung von den Anfängen bis 1945. Die Anfänge: Die Bildung erster Universitäten im Mittelalter. Online: http://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/kruecken/pdf/AG1_Hochschulentwicklung.pdf, download v. 04.05.2013

Wahrnehmung verhinderte.²⁶ Im Mittelalter waren Universitäten in vier grundlegende Fakultäten gegliedert. Die älteste ist dabei die theologische Fakultät, gefolgt von der medizinischen, juristischen und artistischen Fakultät. Die Artistenfakultät wandelte sich ab dem 15. Jahrhundert erst zur philosophischen Fakultät um, später teilte sich diese dann in die heutigen geisteswissenschaftlichen, mathematischen und naturwissenschaftlichen Fakultäten.

Da Universitäten an der Sicherung und Verbreitung von Wissen ausgelegt waren, blieb die Ausbildung an diesen wissenschaftlichen Einrichtungen meist der Oberklasse vorbehalten. Gründe dafür waren meist die für damalige Verhältnisse immensen Gebühren an den Universitäten. Dennoch kam es immer wieder vor, dass auch Schüler aus den unteren Schichten aufgenommen wurden. Diese genossen dann Vergünstigungen und/oder wurden durch Stiftungen oder Privatpersonen finanziert.²⁷

Von der, vom 14. und 15. Jahrhundert, ausgehenden Krise der Kirche und den immer deutlich werdenden Auseinandersetzungen blieben auch die Universitäten nicht verschont. Dennoch gelang es den meisten wissenschaftlichen Einrichtungen ihre Macht und Autonomie zu stärken und auszubauen.²⁸ Mit der Reformation änderte sich auch die Ausbildung an den Universitäten zunehmend. In einigen Teilen Europas zeichnete sich eine Internationalisierung in anderen wiederum eine Regionalisierung der Universität ab. Die bedeutendste Veränderung zu jener Zeit betraf jedoch das Ziel der Ausbildung an sich. Es ging fortwährend durch die Erneuerung darum, dass ein Studium zur Vorbereitung auf einen praktischen Beruf dienen sollte.²⁹ Es stand nun also nicht mehr nur die reine Wissenschaft und

²⁶ Vgl. Universität Bielefeld (2013): Hochschulentwicklung vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Hochschulentwicklung von den Anfängen bis 1945. Die Anfänge: Die Bildung erster Universitäten im Mittelalter. Online: http://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/kruecken/pdf/AG1_Hochschulentwicklung.pdf, download v. 04.05.2013

²⁷ Vgl. Hosting Agency (2013): Studenten. Online: <http://u01151612502.user.hosting-agency.de/malexwiki/index.php/Studenten>, download v. 04.05.2013

²⁸ Vgl. Universität Leipzig (2013): Das Mittelalter und die Gründung europäischer Universitäten. Online: <http://www.uni-leipzig.de/~agintern/uni600/ug100d.pdf>, download v. 04.05.2013

²⁹ Vgl. Universität Basel (2013): 550 Jahre im Rückblick. Aufbrüche und Krisen. Aufschwung und Internationalisierung im 16. Jh.. Online: <http://www.unigeschichte.unibas.ch/aufbrueche-und-krisen/aufschwung-und-internationalisierung-im-16.-jh./>, download v. 04.05.2013

der Erhalt von Wissen im Vordergrund, sondern eine gezielte theoretische berufliche Ausbildung.

2.2.2. Wissenschaft im 18.-19- Jahrhundert

Mit der deutschen Revolution 1848/49 begann auch an den Universitäten im deutschsprachigen Raum ein erneuter Weiterentwicklungsprozess. Dieser war vor allem durch liberales Denken von Professoren und Studenten geprägt. Die damaligen Forderungen ähneln stark dem uns heute bekannten Liberalismus. Die bedeutendsten politischen Forderungen der liberalen Universitätsangehörigen waren neben den bekannten wie, Meinungs- und Pressefreiheit, Schutz vor Eigentum und persönliche Freiheit, vor allem die Gleichheit vor dem Gesetz und Öffentlichkeit der Rechtspflege.³⁰ Diese Forderungen waren Lippenbekenntnisse gegen den Absolutismus. Mit der Forderung nach der Gleichheit vor dem Gesetz und der öffentlichen Rechtspflege wurde auch die öffentliche Handhabe der Universität gefordert. Nicht der Staat sollte das Universitätsleben bestimmen, sondern die Selbstbestimmtheit der Universität an sich sollte erhalten bleiben. Damit ging aber ein weiteres wesentliches Phänomen der Universitätsentwicklung einher. Seit dem 18. Jh. kam es immer häufiger zur Verleihung von Ehrentiteln und Aufnahme von nicht privilegierten Studenten.³¹ Im 19. Jh. prägten dann die immer häufiger auftkommenden „allgemeinstudentischen Vertretungen“³² die Hochschullandschaft. Die erstmalige, in diesem Ausmaß, dokumentierte Studentenbewegung nach der deutschen Revolution 1848/49, war der Beginn von studentischen Ausschüssen. Durch die Studentenschaften konnte die akademische Selbstverwaltung erhalten bleiben. Nun wurden jedoch Studenten durch gewählte Mitglieder in

³⁰ Vgl. Bauer, Joachim/ Breidbach, Olaf/ Hahn, Hans-Werner (Hg.): Universität im Umbruch. Universität und Wissenschaft im Spannungsfeld der Gesellschaft um 1800. Universität und Nation im 19. Jahrhundert, Stuttgart 2010, S. 21

³¹ Vgl. Bauer, Joachim/ Breidbach, Olaf/ Hahn, Hans-Werner (Hg.): Universität im Umbruch. Universität und Wissenschaft im Spannungsfeld der Gesellschaft um 1800. Universität und Nation im 19. Jahrhundert, Stuttgart 2010, S. 13 ff.

³² Historisches Lexikon Bayerns (2013): Allgemeiner Studentenausschuss (AStA). Vorgeschichte. Online: http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44409#1, download v. 04.05.2013

Ausschüssen vertreten.³³ Die ersten Gründungen des heute bekannten Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) fanden um 1900 statt.³⁴

2.2.3. Wissenschaft im 20. Jahrhundert

Wie eben im Kapitel 2.2.2 schon erwähnt, entstanden Anfang des 20. Jh. die ersten Bewegungen in Richtung studentische Selbstverwaltung und Mitbestimmung. Diese Entwicklungen wurden durch das preußische Militärregime im deutschsprachigen Raum gehemmt. Die Industrialisierung, welche zunehmend ungleichgewichtige Marktverhältnisse hervorbrachte, führte dazu, dass sich die unternehmerische Elite Preußens auch die akademische Ausbildung aneignete. So wurden aus den traditionellen Universitäten mit ihren vier Grundfakultäten mehr und mehr Handlanger der wirtschaftlichen Interessen der preußischen Elite. Ziel war es seitens wirtschaftlicher Machthaber, zum einen gut ausgebildete und auf den jeweiligen Bedürfnissen Preußens abgestimmte Politiker und Beamte hervorzubringen, zum anderen sollte wirtschaftliches und technisches Wissen produziert werden.³⁵ Das veränderte auch die Hochschullandschaft entscheidend. Es entstanden neue Fakultäten aus den eigentlichen 4 Kategorien. So wurden spezielle Fachrichtungen gelehrt wie Mathematik, Naturwissenschaften oder wirtschaftliche Wissensbereiche. Mit diesen neu entstandenen Fakultäten etablierten sich nun auch technische Universitäten oder Hochschulen, welche einen bestimmten Fachbereich bedienten und gezielt ausbildeten.³⁶ Grund für diese gravierenden und schnellen Veränderungen waren auch die schnell fortschreitenden technologischen

³³ Vgl. Historisches Lexikon Bayerns (2013): Allgemeiner Studentenausschuss (AStA). Die Anfänge des AStA in Bayern. Online: http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44409#1, download v. 04.05.2013.

³⁴ ebd.

³⁵ Vgl. Universität Bielefeld (2013): Hochschulentwicklung vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Hochschulentwicklung von den Anfängen bis 1945. Die Anfänge: Die Bildung erster Universitäten im Mittelalter. Online: http://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/kruecken/pdf/AG1_Hochschulentwicklung.pdf, download v. 04.05.2013

³⁶ Vgl. Universität Bielefeld (2013): Hochschulentwicklung vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Hochschulentwicklung von den Anfängen bis 1945. Die Anfänge: Die Bildung erster Universitäten im Mittelalter. Online: http://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/kruecken/pdf/AG1_Hochschulentwicklung.pdf, download v. 04.05.2013

und industriellen Entwicklungen. In immer kürzerer Zeit wurden immer mehr Erfindungen gemacht und neue Produkte auf den Markt gebracht. Durch die Umstellung vom einfachen Handwerk in Industrieunternehmen, in denen immer mehr Maschinen durch körperliche Arbeit ersetzt wurden, war eine Anpassung der beruflichen Ausbildung unumgänglich. Das Resultat war, wie oben beschrieben, die Restrukturierung der akademischen Ausbildung. Das aus dem deutschen Raum stammende Hochschulsystem fungierte bis zum ersten Weltkrieg als Vorbildfunktion.³⁷ Ab Mitte der 20iger Jahre wurde dann auch die studentische Selbstverwaltung geschwächt. Auch die Ausschüsse der Studentenschaften wurden durch faschistische Studenten unterwandert. Damit waren auch freie Wahlen der AStA nicht mehr möglich. Während der faschistischen Diktatur wurde die Führung der AStA und anderen Gremien von der Führungsriege des Staatsapparates eingesetzt.³⁸

Nach dem zweiten Weltkrieg musste die akademische Ausbildung von Grund auf wieder aufgebaut werden. Dabei verfolgten die BRD und die DDR grundsätzlich das gleiche Ziel. Die Ausführung verlief jedoch in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich.³⁹ Da alle positiven Errungenschaften der DDR nach der Wiedervereinigung auf abscheuliche Art und Weise totgeschwiegen wurden und als niemals vorhanden propagiert werden, kann an dieser Stelle nur eine sehr spärliche Darstellung der Hochschulentwicklung in der ehemaligen DDR geliefert werden.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde sehr schnell an der Hochschulreform in der sowjetischen Besatzungszone gearbeitet. Der Lehrbetrieb wurde zügig wieder aufgenommen und es wurde mit der Entnazifizierung der Hochschulen begonnen. Eine weitere sehr bedeutende Entwicklung war die Abschaffung des bürgerlichen Bildungsprivilegs. Damit konnten nun auch endlich erstmals Arbeiter und Bauern in den

³⁷ ebd.

³⁸ Vgl. Historisches Lexikon Bayerns (2013): Allgemeiner Studentenausschuss (AStA). Studentenschaft im Nationalsozialismus. Online: http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44409#1, download v. 04.05.2013.

³⁹ Vgl. Universität Bielefeld (2013): Hochschulentwicklung vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wandel der deutschen Hochschulen seit 1945. Online: http://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/kruecken/pdf/AG1_Hochschulentwicklung.pdf, download v. 04.05.2013

Genuss eines Studiums kommen.⁴⁰ Dazu wurde das Schulsystem so umstrukturiert, dass ein Vorstudium absolviert werden musste, um so die Grundvoraussetzungen für das Gelingen des eigentlichen Studiums zu schaffen.⁴¹ In der zweiten Phase der Hochschulreform wurde eine zentrale Steuerung des Hochschulwesens, das Staatssekretariat für Hochschulwesen, eingeführt. Damit wurde das Studium für die gesamte DDR vereinheitlicht. Diese Entwicklung kann als positiv erachtet werden, da so keine Bildungsunterschiede entstanden. Dennoch wurde, auch gerade durch die zentrale Steuerung des Hochschulwesens, in der dritten Phase ihrer Entwicklung, das Ziel verfolgt, die Hochschulen zu Ausbildungsstätten der Industrie und Wirtschaft zu machen.⁴² Diese Entwicklung fand auch in der BRD statt und ist heute noch stärker zu erkennen.

Mitbestimmungsrechte

An allen Entwicklungen waren während dieser Zeit auch maßgeblich Gewerkschaften, sowie Studierende und die FDJ beteiligt und wurden bei Fragen der Ausbildung immer wieder herangezogen. Diese, auf Augenhöhe basierende, Gleichberechtigung ist unter anderem in der Chronologie zum Hochschulwesen der DDR von der HU Berlin zu entnehmen.⁴³ Es kann also davon ausgegangen werden, dass eine positive Zusammenarbeit stattfand.

In der alliierten Besatzungszone ging es nach dem zweiten Weltkrieg erst einmal darum, die Hochschulen so schnell wie möglich wiederzueröffnen. Dabei wurde kein besonderer Wert auf die Entnazifizierung und der Ausschluss kirchlich gesteuerter akademischer Ausbildungen, gelegt. Es konnte so zwar der Lehrbetrieb schnell aufgenommen werden, damit wurde aber letztendlich die akademische Ausbildung so weiter geführt wie eh und je. Vorteilhaft war jedoch dementsprechend, dass sich die Universitäten

⁴⁰ Vgl. Universität Leipzig (2013): Die Hochschulreformen der DDR. Online: <http://www.uni-leipzig.de/~agintern/uni600/ug263.htm>, download v. 06.05.2013

⁴¹ Vgl. Universität Bielefeld (2013): Hochschulentwicklung vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wandel der deutschen Hochschulen seit 1945. Online: http://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/kruecken/pdf/AG1_Hochschulentwicklung.pdf, download v. 04.05.2013

⁴² Vgl. Universität Leipzig (2013): Die Hochschulreformen der DDR. Online: <http://www.uni-leipzig.de/~agintern/uni600/ug263.htm>, download v. 06.05.2013

⁴³ Vgl. Humboldt Universität zu Berlin: Chronologie zum Hochschulwesen der DDR

wieder selbst verwalten konnten.⁴⁴ Dadurch entwickelten sich unterschiedliche Bildungsniveaus nicht nur auf Länderebene, sondern auch zwischen den einzelnen Universitäten. Erst in den 60er und 70er Jahren beschäftigte man sich mit der Frage, die Hochschulzugangsberechtigung auszuweiten. Bis dato war es der gutbürgerlichen Elite vorbehalten, zu studieren.⁴⁵ Mit dieser Hochschulreform, die im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung entstand, gab es einen drastischen Zulauf an den Hochschulen. Damit waren, ähnlich wie heute, die Universitäten und Hochschulen völlig überlastet. Fast scheint es als hätte man aus der Vergangenheit nichts gelernt. Diese Entwicklung gab den Anstoß zu studentischen Protesten, die die Demokratisierung und Selbstverwaltung der Hochschulen förderte. Diese Zeit stand für die Weiterentwicklung, zum einen für mehr soziale Gerechtigkeit (z.B. BAföG, HBFG, Forschungsförderung sowie, Besoldung und Arbeitsrecht) und zum anderen für die Angleichung der Lehre zu wirtschaftlichen Interessen (Siehe Einführung von Fachhochschulen).⁴⁶

Mitbestimmungsrechte

Die Mitbestimmung in der BRD musste von der Jugend von Beginn an immer wieder hart erkämpft werden. So wurde schon 1949 der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) gegründet. Dieser bildete den Dachverband aller westdeutschen Studentenvertretungen. Dieser setzte sich für grundlegende Reformen im Hochschulwesen ein und forderte mehr Mitbestimmung der Studierenden.⁴⁷ Durch die in den 60er und 70er Jahren immer mehr in Erscheinung tretende Politisierung der Studierendenvertretungen konnten auch die Mitbestimmungsrechte bis zur Wiedervereinigung massiv ausgebaut werden.

⁴⁴ Vgl. Universität Bielefeld (2013): Hochschulentwicklung vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wandel der deutschen Hochschulen seit 1945. Online: http://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/kruecken/pdf/AG1_Hochschulentwicklung.pdf, download v. 04.05.2013

⁴⁵ ebd.

⁴⁶ ebd.

⁴⁷ Vgl. Historisches Lexikon Bayerns (2013): Gründung des VDS, 1949. Online: http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44409#1, download v. 04.05.2013.

2.3. Zwischenfazit zur Jahrtausendwende

Für die Entwicklung der Berufsausbildung im deutschsprachigen Raum vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert kann festgestellt werden, dass wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Entwicklungen im ganzen europäischen Raum, wenn nicht sogar in der ganzen nördlichen Hemisphäre, eine Rolle gespielt haben. Auch die wissenschaftliche Ausbildung an den Universitäten und später an den zusätzlichen Akademien ist geprägt von gesellschaftlichen Veränderungen. Gerade die Veränderung von Machtverhältnissen zwischen Kirche und Gesellschaft/Staat spielte an den Universitäten eine große Rolle. Bis zum Ende des 20. Jh. konnte eine positive Entwicklung der Rechte der Auszubildenden und Studierenden in beiden Ausbildungsformen verzeichnet werden. Diese wurde jedoch hart erkämpft und war von Rückschlägen und blutigen Auseinandersetzungen geprägt. Dennoch wurden gerade auch durch den Mut und oftmals auch durch die Ausweglosigkeit der Jugend die Mitbestimmungsrechte ausgebaut. Dazu zählen Studierendenschaften genauso wie Auszubildenden Vertretungen. Eher negativ zu beurteilen ist die stückweise Angleichung von beruflicher Ausbildung und akademischer Ausbildung.

3. Heutiger Entwicklungsstand (21. Jahrhundert)

Der heutige Entwicklungsstand der Ausbildung und Jugendarbeit ist vom enormen Leistungsdruck geprägt. Nach der Devise schneller, weiter, höher werden verschiedenste Ausbildungen neu strukturiert und neue Ausbildungen erfunden, einzig mit dem Ziel, möglichst lange billige gut ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben. Da sich die verschiedenen Ausbildungsformen, sowie die Jugendarbeit nicht miteinander vergleichen lassen, werden diese in diesem Kapitel unterteilt und näher dargestellt. Vorrangig soll es dabei um die duale Berufsausbildung und das Hochschulstudium gehen.

3.1. Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland

Kinderarbeit hat in Deutschland seit dem Ende des zweiten Weltkrieges keine nennenswerte Bedeutung mehr. Dennoch soll an dieser Stelle auf die Missstände in Entwicklungs- und Schwellenländer, in denen gerade das produzierende Gewerbe durch Kinderarbeit enorme Gewinne erzielt, aufmerksam gemacht werden. Auch deutsche Unternehmen beteiligen sich an diesen weltzerstörenden Entwicklungen. Die weitreichenden negativen Folgen vieler Unternehmen soll in einer anderen Studie näher analysiert werden. In jedem Fall gibt es jedoch Zusammenhänge zwischen den Entwicklungen in den Entwicklungs- und Schwellenländern und dem sozialen Kahlschlag hierzulande, welcher auch in der dualen Berufsausbildung und beim Studium in Deutschland stattfindet. Auch wenn die globale Vernetzung große Vorteile bietet, wird diese jedoch auch immer einen bitteren Nachgeschmack haben. Diesen gilt es, für heutige und künftige Generationen, zu vermeiden.

3.2. Duale Berufsausbildung in Deutschland

Die duale Berufsausbildung, insbesondere die handwerkliche Ausbildung, entwickelt sich immer mehr zu einer Zwischenstation vieler junger Menschen. Galt eine duale Berufsausbildung noch vor wenigen Jahrzehnten als eine solide sichere Grundlage für den weiteren Lebensweg junger Menschen, arbeiten heute nur noch wenige Jugendliche nach ihrer Ausbildung in ihrem erlernten Beruf. Das liegt nicht zuletzt an der unternehmerfreundlichen Gesetzeslage, durch Politik und Industrie initiiert. In Deutschland gab es 2010/11 599.829 Ausbildungsplätze von denen gerade einmal 570.140 besetzt werden konnten. Dennoch gab es 11.550 unversorgte Bewerber und Bewerberinnen. Die nicht registrierten Jugendlichen ohne Schulausbildung oder Ausbildungsplatz liegen deutlich zu hoch. Für diese ungleiche Situation wird auch im Berufsbildungsbericht 2012 die angeblich schlechte Schulbildung und die Vereinfachung der Hochschulzugangsberechtigung verantwortlich gemacht. Ein anderer Grund, der von der Bundesregierung und der Wirtschaft unzureichend betrachtet wird, ist die finanzielle Unsicherheit in vielen Ausbildungsberufen. Durch Lohndumping und langen Ausbildungszeiten ist für viele Jugendliche eine Hochschulausbildung attraktiver geworden. Die Aufstiegschancen und somit die Chancen auf eine höhere Gehaltsklasse sind mit der üblichen dualen Berufsausbildung in Deutschland in den meisten Fällen nur gering. Hinzu kommen immer höhere Anforderungen und komplexere Aufgaben bei stagnierenden oder sogar sinkenden Reallöhnen auf die Auszubildenden zu.

Die veröffentlichte Prognose des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) hat einen eindeutigen Fachkräftemangel für die Berufshauptfelder:

- Be-, verarbeitende und instandsetzende Berufe
- Berufe im Warenhandel und Vertrieb
- Gastronomie- und Reinigungsberufe
- Medienberufe, geistes-, sozialwissenschaftliche und künstlerische Berufe

- Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger

erstellt. Jedoch auch andere Berufe wie Lehrende oder das Friseurhandwerk werden von einem Fachkräftemangel betroffen sein. Gleichzeitig geht das BIBB davon aus, dass Hochschulabsolventen und Absolventinnen diese Lücken schließen sollen.⁴⁸

Es sind demnach folgende Missstände in der dualen Berufsausbildung festzuhalten:

- schlechte Bezahlung (Lohndumping) und unzureichende Sicherheit
- steigende Anforderungen und längere Ausbildungszeiten
- Konkurrenzkampf zur Hochschulausbildung
- demographischer Wandel
- Outsourcing von Produktion und somit von ganzen Berufsgruppen

Die duale Berufsausbildung ist momentan auf dem Weg, abgeschafft zu werden. Die international anerkannte Expertise der deutschen Berufsausbildung wird nicht zuletzt durch die Resozialisierung ins Abseits manövriert. Dabei muss jedoch das Verständnis der Notwendigkeit einer dualen Berufsausbildung in der Öffentlichkeit sowie in der Politik und Wirtschaft wesentlich erhöht werden. Betriebswirtschaftlich betrachtet ist es für Unternehmen günstiger, keine duale Berufsausbildung anzubieten, sondern ungelernte, geringqualifizierte oder schulisch ausgebildete Jugendliche einzustellen. Nachhaltig und volkswirtschaftlich betrachtet kehrt sich diese Situation jedoch um, da nötiges know how und spezifisches Wissen fehlt. Es treten häufiger Fehler auf und die Qualität der Arbeit leidet. Auch die finanziellen Sorgen aus dem privaten Bereich sind dafür verantwortlich.

⁴⁸ BIBB (Rundbrief Ausbildung Juni 2012)

Mitbestimmungsrechte

Auszubildende in Deutschland genießen einen besonderen Stand, der sich somit auch im Betriebsverfassungsgesetz widerspiegelt. Dieser Tatbestand täuscht jedoch nicht über die schlechte gesetzliche Lage der Jugend- und Auszubildenden Vertretung hinweg. Wird der rechtliche Rahmen im Betriebsverfassungsgesetz näher beleuchtet, ist eine veraltete und diskriminierende Gesetzeslage deutlich zu erkennen. Nicht nur, dass viele Auszubildende während ihrer Ausbildungszeit niemals eine Jugend- und Auszubildenden Vertretung kennenlernen werden, da viele Auszubildende in kleinen Betrieben lernen wo die Ressourcen dafür fehlen, kommt auch noch hinzu, dass die Jugend- und Auszubildenden Vertretung dem Betriebsrat unterstellt ist und keinerlei Entscheidungsbefugnis hat. Die Jugend- und Auszubildenden Vertretungen dürfen nicht einmal selbst für ihre Ziele kämpfen, sondern müssen diese vom Betriebsrat durchsetzen lassen. Oft gehen Ziele oder Missstände dadurch völlig verloren.

Weiterhin besitzen Auszubildende noch nicht einmal eine vernünftige Vertretung in den Gewerkschaften. Alle Gewerkschaften nehmen gern viele neue junge Mitglieder auf, jedoch wird sich lediglich um ausgebildete Beschäftigte gekümmert. Wenn also schon in den Gewerkschaften Jugendliche nur eine untergeordnete Rolle spielen, wirkt sich dies auch auf die Arbeit in den Unternehmen aus. Veraltete Gesetze müssen schnellstmöglich überarbeitet werden, um den Jugendlichen mehr Rechte einzuräumen.

3.3. Hochschulausbildung in Deutschland

Wie schon der historische Verlauf und die damit verbundenen Prozesse der Restrukturierung von Wissenschaft und Forschung, so befindet sich die jetzige Hochschullandschaft auch weiterhin in einem Veränderungsprozess. Die momentanen Entwicklungen sind jedoch nicht mit den elementaren Veränderungen des Mittelalters oder des 18. Jahrhunderts zu vergleichen.

Die heutigen Diskussionen, deren Verlauf schon in den 1960er Jahren begann, werden von zwei ausschlaggebenden Fronten geprägt. Eine Front bildet dabei die Wirtschaft und ihrem Interesse, gut ausgebildetes, für ihre Bedürfnisse angepasstes Humankapital durch möglichst wenig finanziellen Aufwand zu akquirieren. Die zweite Front bilden dabei die konservativen Wissenschaftsformen selbst. Ziel ist es von beiden Fronten, dass sich die notwendigen Änderungen in der Hochschullandschaft positiv verbessern. Durch unterschiedliche Interessen entstand jedoch ein verwirrendes Maßnahmenbündel, welches hin und her strukturiert wurde und immer noch wird. Selbst bei der Wiedervereinigung 1990 gelang es nicht, die Hochschullandschaft grundlegend neu zu strukturieren. Die Gründung der EU trug letztlich auch dazu bei, dass der Bologna-Prozess überhaupt erst zur Sprache kam. Gefolgt von der Umstellung der Besoldung von Hochschullehrern, der Exzellenz-Initiative, die Einführung von Studienbeiträgen (Studiengebühren) und der Föderalismusreform, gerät die Hochschullandschaft in eine fast unumkehrbare Schiefelage.⁴⁹ Es sollen an dieser Stelle nur einige Folgen der Maßnahmen aufgezählt werden.

Anwachsende Studierendenzahlen und Überlastung der vorhandenen Studienplätze, Verschulichung der Hochschulausbildung, Ökonomisierung von Hochschulen, erfolgsbezogene Forschung als Indikator für die Berechtigung von Finanzmitteln, daraus folgt eine schlechtere Lehre und nicht zuletzt bildet sich immer mehr ein Zweiklassensystem im Hochschulwesen.⁵⁰ Nicht nur die finanzielle Belastung nimmt zu, auch die wissenschaftliche Ausbildung wird gerade durch die Exzellenzinitiative zweigeteilt. Durch mehr Fördermittel für die sogenannten Exzellenzuniversitäten, leiden andere Hochschulen unter dem Leistungsdruck und der zunehmenden finanziellen Mehrbelastung. Weiterhin werden, durch den Zwang der Hochschulen Drittmittel einzuwerben, nicht technische oder wirtschaftliche Fachbereiche, wenn nicht sogar ganze Fakultäten, enorm schrumpfen oder ganz wegfallen. Grund dafür ist das geringe Interesse der Wirtschaft an diesen

⁴⁹ Vgl. Georg Bollenbeck/Waltraud Wende: Der Bologna-Prozess und die Veränderung der Hochschullandschaft. Ralf Schnell (Siegen). Die Veränderungen der Hochschullandschaft und der Bologna-Prozess, Heidelberg 2007, S.63-69

⁵⁰ ebd.

Wissenschaftsbereichen. Von Seiten der Regierung, ist das ein eindeutiges Politikversagen und muss sofort rückgängig gemacht werden.

Mitbestimmungsrechte

Die Mitbestimmungsrechte auf akademischer Ebene unterscheiden sich merklich von denen der dualen Berufsausbildung. Das liegt womöglich auch an der sehr guten Vernetzung der Studierenden und dessen Gremien untereinander. So findet länderübergreifend eine Kommunikation statt, die es den einzelnen Studentenschaften ermöglicht, ihre Rechte besser in Anspruch nehmen zu können und diese nicht selten zu verbessern. Dennoch täuscht diese von den Studierenden selbst vorangetriebene Situation nicht darüber hinweg, dass die Hochschulgesetze länderspezifisch unterschiedlich sind und vom jeweiligen Bundesland erarbeitet werden. So sind die Mitbestimmungsrechte im gesamten Bundesgebiet äußerst unterschiedlich. In Bayern und Baden-Württemberg gibt es gesetzlich keine Studierendenschaft.⁵¹ Das bedeutet auch, dass die Studierenden keinerlei eigene Rechte besitzen und sich der Willkür der Landesregierung unterwerfen müssen. Am fortschrittlichsten gilt bei der Beteiligung rund um die Hochschulbildung das Land Berlin. Dort haben die Studierenden den größten Anteil an Beteiligungsmöglichkeiten in ganz Deutschland. Das geht aus der Übersicht der Kultusminister Konferenz (KMK) hervor.⁵² In den meisten Bundesländern haben Studierende in fast allen Gremien und Ausschüssen der jeweiligen Hochschulen ein eigenes Stimmrecht und arbeiten intensiv mit den Hochschulen und dem Land zusammen, um die Situation in der akademischen Ausbildung kontinuierlich zu verbessern.⁵³ Leider wird dieser Prozess durch die Umsetzung des Bologna-Prozesses stark beeinträchtigt.

⁵¹ Vgl. DGB-Jugend (2013): Students at Work. Hintergrund Mitbestimmung an Hochschulen – Eine Bestandsaufnahme und Ideen zur Unterstützung studentischer Mitbestimmungsmöglichkeiten. Was ist eine Studierendenschaft. Online: http://www.dgb-jugend.de/studium/mehr_infos/toolbox_campusarbeit/data/hg_mitbestimmung.pdf, download v. 06.05.2013

⁵² Vgl. KMK (2013): Übersicht Hochschulgesetze. Online: <http://www.kmk.org/dokumentation/rechtsvorschriften-und-lehrplaene-der-laender/uebersicht-hochschulgesetze.html>, download v. 06.05.2013

⁵³ ebd.

3.4. Zwischenfazit

Die heutige Entwicklung ist geprägt von Aushöhlung der demokratischen Mitbestimmungsrechte Jugendlicher auf dem Ausbildungsmarkt. Weiterhin wird systematisch daran gearbeitet, die längst fällige veraltete Struktur der Ausbildung junger Menschen zu reformieren. Leider tendiert die Entwicklung in eine drastische Verschlechterung der Rechte Jugendlicher, seien es Auszubildende oder Studierende. Die Anpassung der Ausbildung an globale Marktverhältnisse scheint im ersten Moment sinnvoll zu sein, auf dem zweiten Blick werden jedoch existenzielle Berufsgruppen als minderwertig abgestuft und für eine rasante wirtschaftlich geprägte technologische Entwicklung sozialer Kahlschlag betrieben. Momentan herrschen ähnliche Verhältnisse wie zur industriellen Revolution. Es wird also unausweichlich sein, gerade durch die Arbeit linker Gruppierungen und der Jugendlichen an sich, neue und verbesserte Rechte und Gesetze einzufordern.

4. Relevante Entwicklungstendenzen der Ausbildungsformen in Deutschland und Europa

Die Mitbestimmungsmöglichkeiten und die Entwicklung der Ausbildungsformen sind, wie im vorangegangenen Kapitel dargestellt, bei den verschiedenen Ausbildungen unterschiedlich. An dieser Stelle werden vergangene Entwicklungen anhand von Statistiken ausgewertet und eine Trendanalyse erarbeitet. Die wesentliche Frage, welche in diesem Kapitel beantwortet werden soll, lautet wie folgt:

Wie werden sich der Arbeitsmarkt und das soziale Leben junger Menschen in Zukunft verändern und wie müssen alte Ausbildungsformen an neue Herausforderungen angepasst werden?

Da dieses Kapitel den Diskussionskern dieser Arbeit darstellt, wird diesem Kapitel eine besondere Bedeutung zu Teil. Das folgende Diagramm 1 zeigt die Entwicklung der dualen Berufsausbildung und der Hochschulausbildung nach der Anzahl der Auszubildenden. Da in einigen Jahren keine Zahlen zur Hochschulausbildung vorliegen, wurde eine Trendlinie eingefügt, die zur Veranschaulichung als realistisch eingestuft werden kann. Es wird deutlich, dass gerade mit der Öffnung des Hochschulsystems ein starker Anstieg an Studierenden zu verzeichnen ist. Gleichzeitig sinken die Auszubildenden Zahlen im Bereich der dualen Berufsausbildung. Doch nicht nur die Öffnung der Hochschulzugangsberechtigung führt zu den rückläufigen Zahlen, auch die Verlagerung von Produktionen in der Industrie in andere Länder führt zu weniger Ausbildungsplätzen und somit zu weniger Auszubildenden. Weiterhin kann die demographische Entwicklung in Deutschland ebenfalls seit dem Jahr 2007 als Grund für gesunkene Ausbildungszahlen herangezogen werden. Im Laufe des Kapitels werden die Ursachen und die Wirkung dieser Entwicklung anhand statistischer Modelle näher untersucht, um daraus Schlussfolgerungen ableiten zu können.

Entwicklung der Ausbildungen

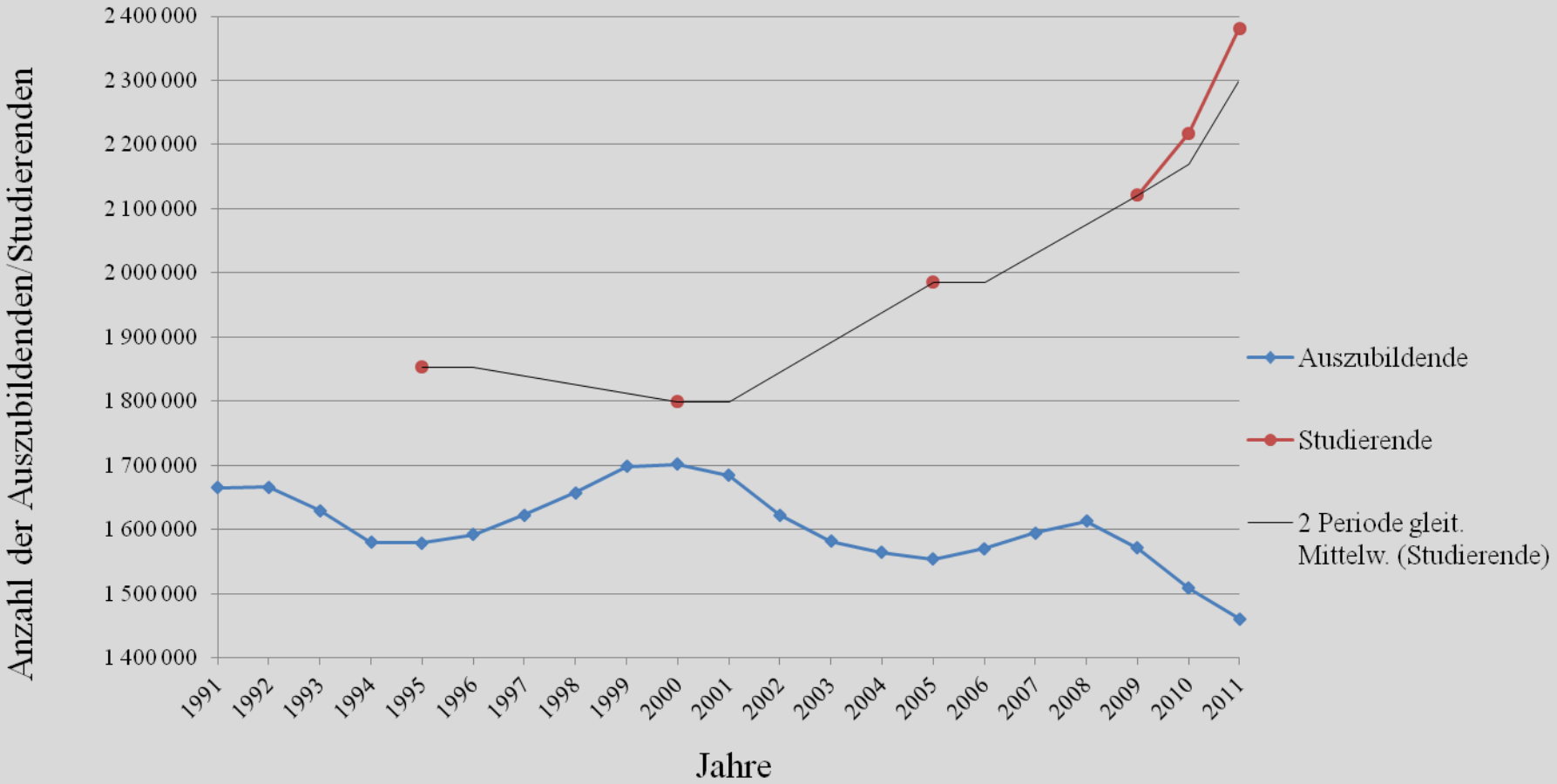


Diagramm 1: Entwicklungskennzahlen der beiden Hauptausbildungsformen in Deutschland. Eigene Darstellung auf Grundlage der Statistiken vom Statistischen Bundesamt

Linearer Zusammenhang zwischen Studierenden und Auszubildenden

Um den Entwicklungstrend der beiden Ausbildungsformen besser darstellen zu können, wird in diesem Abschnitt mit Hilfe des linearen Modells der Statistik das Bestimmtheitsmaß berechnet. Das Bestimmtheitsmaß beschreibt den linearen Zusammenhang zwischen einer unabhängigen Variablen (hier Auszubildende) und einer abhängigen Variablen (hier Studierende). Die für diese Arbeit notwendigen Berechnungen, sowie die erstellten Tabellen befinden sich im Anhang II (Seite 65). Die Berechnung des Bestimmtheitsmaßes ergibt einen Wert von 77,52%. Es liegt also ein linearer Zusammenhang vor, da 77,52% des Zusammenhangs zwischen der Anzahl der Auszubildenden und der Anzahl der Studierenden mit dem Modell erklärt werden können. Die Anzahl der Auszubildenden ist also statistisch zu 77,52% abhängig von der Anzahl der Studierenden. Dies gilt jedoch nur für Deutschland. Die restlichen 22,48% werden dementsprechend von den Unternehmen selbst getragen.

Es sind jedoch noch andere Störfaktoren entscheidend, welche das Ergebnis beeinflussen können. Zum einen ist die aktuelle Datenlage nicht ausreichend, um wirklich über einen längeren Zeitraum jedes Jahr darstellen zu können und zum anderen wurden in dieser Berechnung alle Auszubildenden und Studierenden einbezogen, die zu der jeweiligen aktuellen Datenerfassung im System erfasst waren. Weiterhin ist zu bedenken, dass ausländische Studierende nicht zur Verschlechterung der Ausbildungssituation in der dualen Berufsausbildung beitragen. Der statistische Zusammenhang muss also eher nach unten korrigiert werden. Dies soll in dieser Arbeit jedoch nicht dargestellt werden.

4.1. Entwicklung der dualen Berufsausbildung

Um die Zukunftsfähigkeit und die damit verbundene notwendige Weiterentwicklung der Rechte und Gesetze in der dualen Berufsausbildung besser einschätzen zu können, werden im Folgenden die am stärksten vom

Rückgang betroffenen Ausbildungsbereiche dargestellt. Die wichtigsten Ausbildungsbereiche werden in Deutschland immer noch von der Industrie und Handel sowie von den Handwerksberufen vertreten. Dabei zeigt sich, dass allein zwischen 2007 und 2011 im Bereich Industrie und Handel die Zahl an Auszubildenden um ca. 60.000 Plätze abgenommen hat. Im Handwerk waren es ebenfalls ca. 60.000. In den anderen Bereichen stagnieren die Zahlen weitestgehend. Für die weitere Analyse werden deshalb genau diese beiden Bereiche, Industrie und Handel und Handwerk, näher betrachtet. Die Diagramme 2 und 3 zeigen, dass die Anzahl der Auszubildenden tendenziell sinken. Dabei ist zu beachten, dass die Diagramme 2 und 3 lediglich nur eine sehr kurze Periode darstellen. Die dargestellte Periode deckt ebenfalls die Finanz- und Wirtschaftskrise ab. Es kann jedoch nicht unmittelbar auf die Krise, als Grund für diese Entwicklung, geschlossen werden. Als These dafür wird die anhaltende Stagnation der anderen Berufsgruppen wie öffentlicher Dienst, Landwirtschaft oder die freien Berufe herangezogen. Die demographische Entwicklung und Abwanderung von Produktion, sowie die stark steigende Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse durch unzureichende Mindeststandards in Arbeitsverträgen werden ebenfalls als Gründe dieser Entwicklung als ausschlaggebend erachtet.

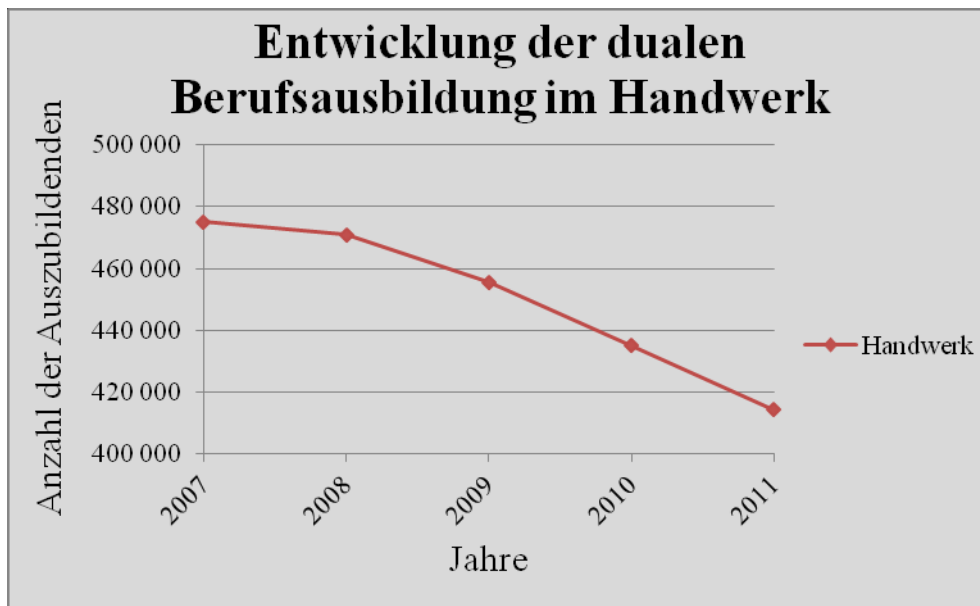


Diagramm 2: Entwicklung der dualen Berufsausbildung im Handwerk. Eigene Darstellung auf Grundlage des statistischen Bundesamtes



Diagramm 3: Entwicklung der dualen Berufsausbildung in Industrie und Handel. Eigene Darstellung auf Grundlage des statistischen Bundesamtes

Die duale Berufsausbildung befindet sich in einer desaströsen Schieflage. Das zeigt auch die nachfolgende Trendanalyse, bei der festzustellen ist, dass die Anzahl der Jugendlichen, die an einer dualen Berufsausbildung teilnehmen, bis 2020 um ca. 45.000 sinken werden. Diagramm 4 stellt das Ergebnis der Trendanalyse dar. Im Anhang III befindet sich die ausführliche Berechnung dieser Prognose.

Trendanalyse/Prognose Auszubildende

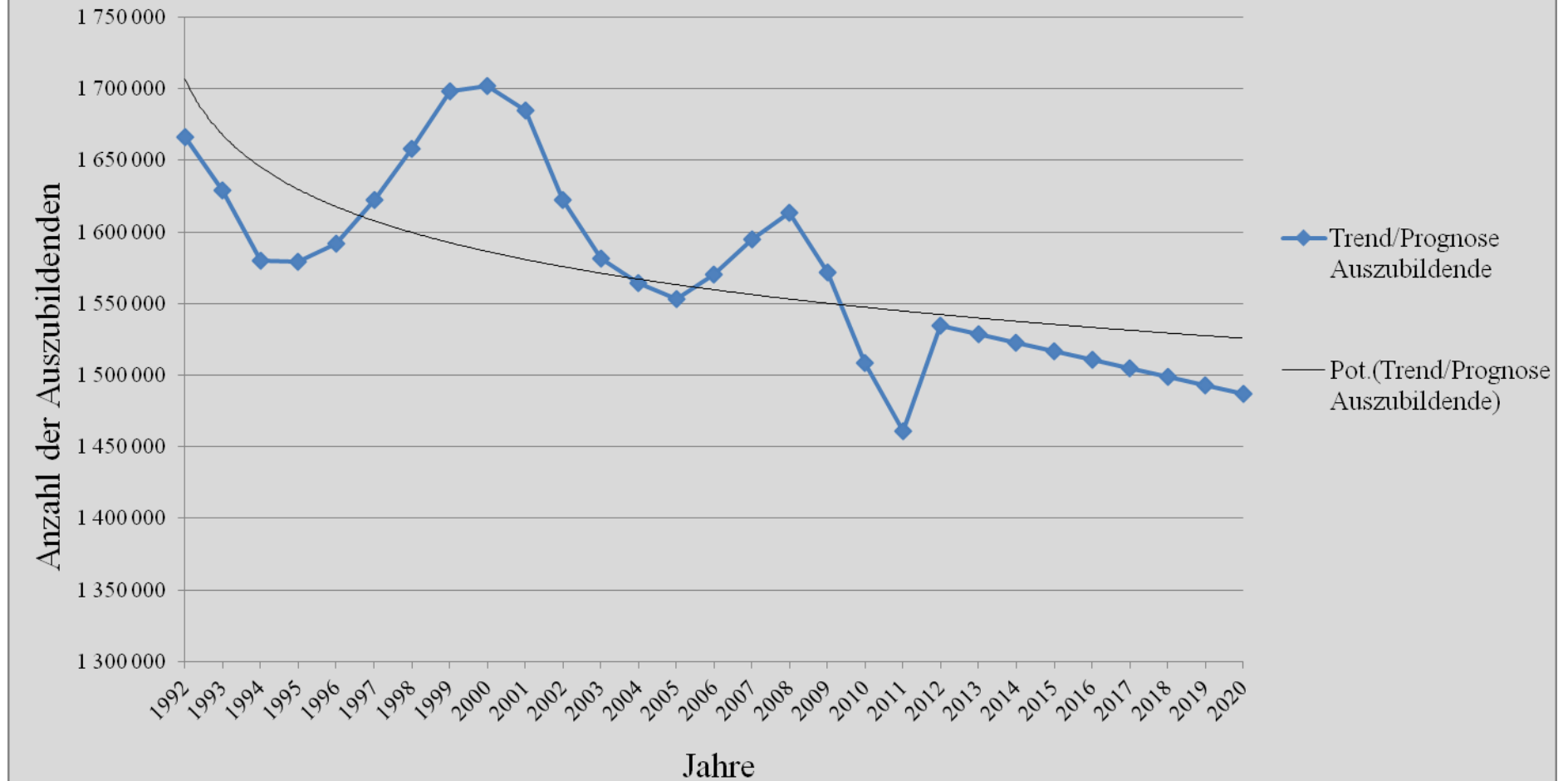


Diagramm 4: Trendanalyse/Prognose Auszubildende. Eigene Berechnung und Darstellung

Anmerkung:

Die vorliegende Prognose spiegelt lediglich den Trend der dualen Berufsausbildung wieder. Die Berechnungen beruhen, wie im Anhang nachzuvollziehen ist, auf einfache schon vorhandene Daten des statistischen Bundesamtes. Einflussfaktoren wie die wirtschaftliche Lage sind zwar in diesen Daten aus vergangenen Perioden inbegriffen, zukünftige politische oder rechtliche Veränderungen werden mit dieser Berechnung jedoch nicht abgedeckt. Für diese Arbeit wird das vorliegende Ergebnis als ausreichend betrachtet.

4.2. Entwicklung der Hochschulausbildung

Wie schon die Entwicklung der dualen Berufsausbildung ausführlich dargestellt wurde, soll nun an dieser Stelle auch die Hochschulausbildung näher betrachtet werden. Wie bereits im Kapitel 3 dargestellt, befindet sich die akademische Ausbildung in einem sehr kontrovers diskutierten Veränderungsprozess. Generell soll diese Arbeit dazu führen, dass sich die Ausbildungsformen, welche sich in Deutschland durchgesetzt haben, für alle Beteiligten verbessern. Anhand statistischer Auswertungen und Berechnungen soll auch in diesem Abschnitt dieses Kapitels, eine Diskussionsgrundlage geschaffen werden, die es erlaubt, die Rechte und Gesetze zur Hochschulausbildung weiterzuentwickeln ohne die Beteiligten Studierenden, sowie die Nachhaltigkeit zu vernachlässigen.

Die beiden nachfolgenden Diagramme 5 und 6 zeigen die Entwicklung seit Umsetzung des Bologna-Prozesses und den anderen Maßnahmen in der Hochschullandschaft. Es ist ein deutlicher Sprung der Anzahl von Absolventen zwischen 2000 und 2005 zu verzeichnen. Auffällig dabei ist, dass gerade der technologische Bereich, welcher sich in den letzten Jahrzehnten drastisch weiterentwickelt hat, einen enormen Zulauf verzeichnet. Die Biowissenschaften verzeichnen ebenfalls einen sehr schnellen Anstieg. Beide Bereiche erfahren eine Schnelllebigkeit

ungeahnten Ausmaßes. Aber auch die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie Mathematik und Statistik werden häufiger angenommen. Neu ist seit einigen Jahren die Entwicklung im Dienstleistungssektor auf akademischer Ebene. In diesem Bereich entstehen immer neue Studiengänge, die auch in den kommenden Jahren noch ansteigen werden.

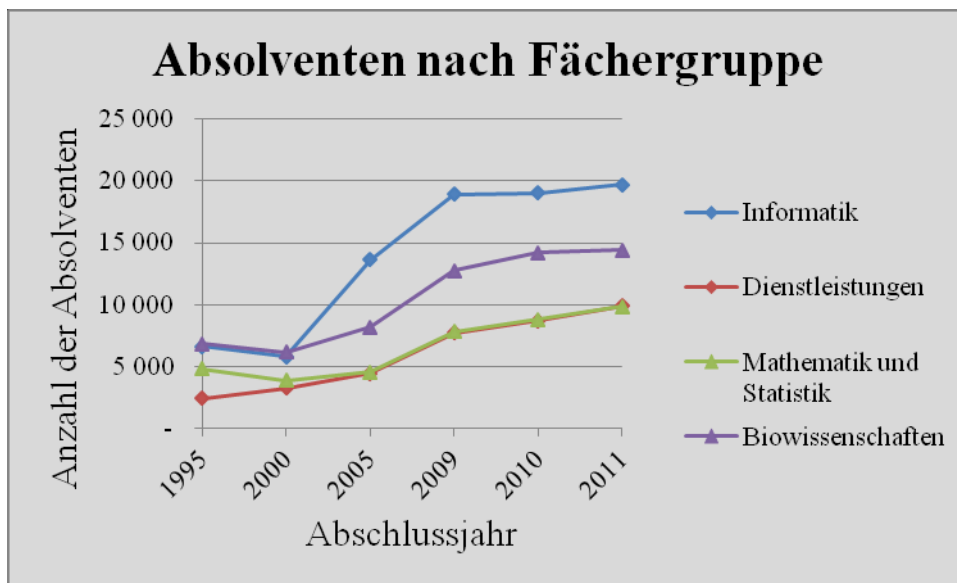


Diagramm 5: Absolventen nach Fächergruppe. Eigene Darstellung auf Grundlage des Statistischen Bundesamtes

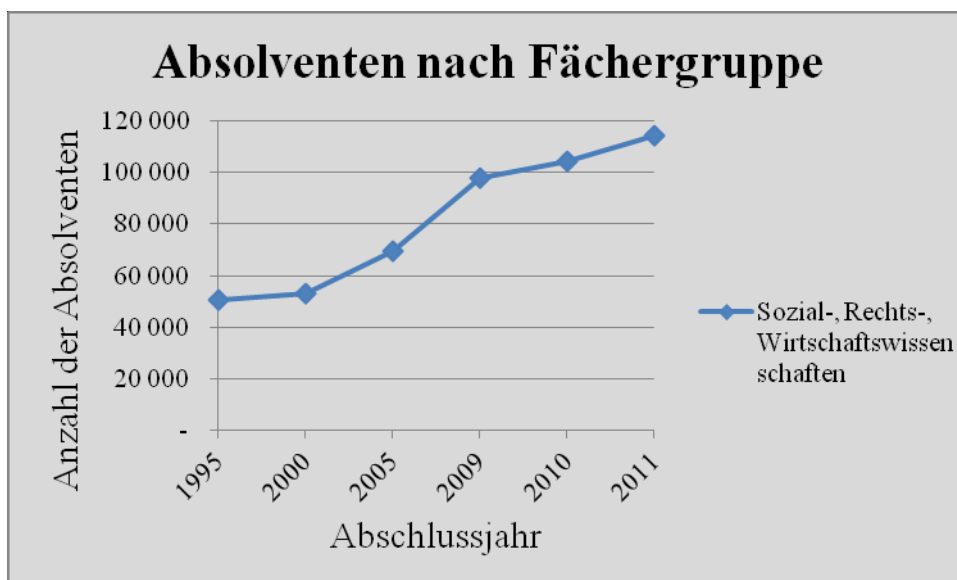


Diagramm 6: Absolventen nach Fächergruppen. Eigene Darstellung auf Grundlage des Statistischen Bundesamtes

Betrachtet man nun die Entwicklung dieser hier dargestellten Studienfächer etwas näher, wird schnell deutlich, dass es zwei wesentliche Gründe dafür gibt. Zum einen die technologische und naturwissenschaftliche Entwicklung in der Forschung und zum anderen die beruflichen Unterschiede zwischen einem Hochschulstudium und der dualen Berufsausbildung. In den Industrienationen und auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern wird eine digitale Revolution sichtbar. Diese heutige Revolution gleicht der industriellen Revolution. Entscheidende Triebfaktoren sind dabei die Nanotechnologie und Bio- und Gentechnologie. Weiterhin wird, wie schon erwähnt, die duale Berufsausbildung durch Globalisierungseffekte ausgesondert und in eine rein theoretische Hochschulausbildung umgewandelt.

Durch die unzureichende Datenlage im Hochschulsektor kann an dieser Stelle keine ausreichende Trendanalyse mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erarbeitet werden. Dennoch wird durch die vergangene Entwicklung und den aktuellen Diskussionen deutlich, dass die Anzahl der Studierenden stetig steigen wird. Zum einen durch den Abbau von Ausbildungsplätzen in der betrieblichen Ausbildung und zum anderen durch die Internationalisierung des Hochschulsektors. Das soll keine Kritik an der internationalen Zusammenarbeit der akademischen Ausbildung sein. Es ist jedoch bekannt, dass die Kapazitäten der Hochschulen schon lange nicht mehr ausreichen und dringendst Nachholbedarf besteht.

4.3. Vergleichende Entwicklung der dualen Berufsausbildung und der Hochschulausbildung

Nachdem die einzelnen Ausbildungsformen (duale Berufsausbildung und akademische Hochschulausbildung) näher dargestellt und erläutert wurden, sollen beide Entwicklungen miteinander verglichen werden. Dadurch wird das Verhältnis zwischen der erleichterten Hochschulzugangsberechtigung und der Angleichung der Hochschulausbildung im europäischen Raum deutlicher. Es zeigt sich, dass der starke Anstieg der Studienbewerber nicht

nur aus dem Rückgang der Bewerber für den dualen Ausbildungsbereich verantwortlich ist. Diagramm 8 verdeutlicht, dass die Zahl der Studienanfänger weitaus schneller ansteigt als die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die eher tendenziell rückläufig ist. Da die Zahl der Schulabgänger, durch den demographischen Wandel in Deutschland verursacht, ebenfalls stetig zurück gehen wird, wird sich ein massives Problem im Bereich der dualen Berufsausbildung ergeben. Somit wird, entgegen allen Forderungen nach mehr Unabhängigkeit der Industrienationen von Ressourcen, sogar noch die Abhängigkeit von Entwicklungs- und Schwellenländern durch die jetzigen Bildungsreformen erhöht.

Entwicklung nach Jahrgang

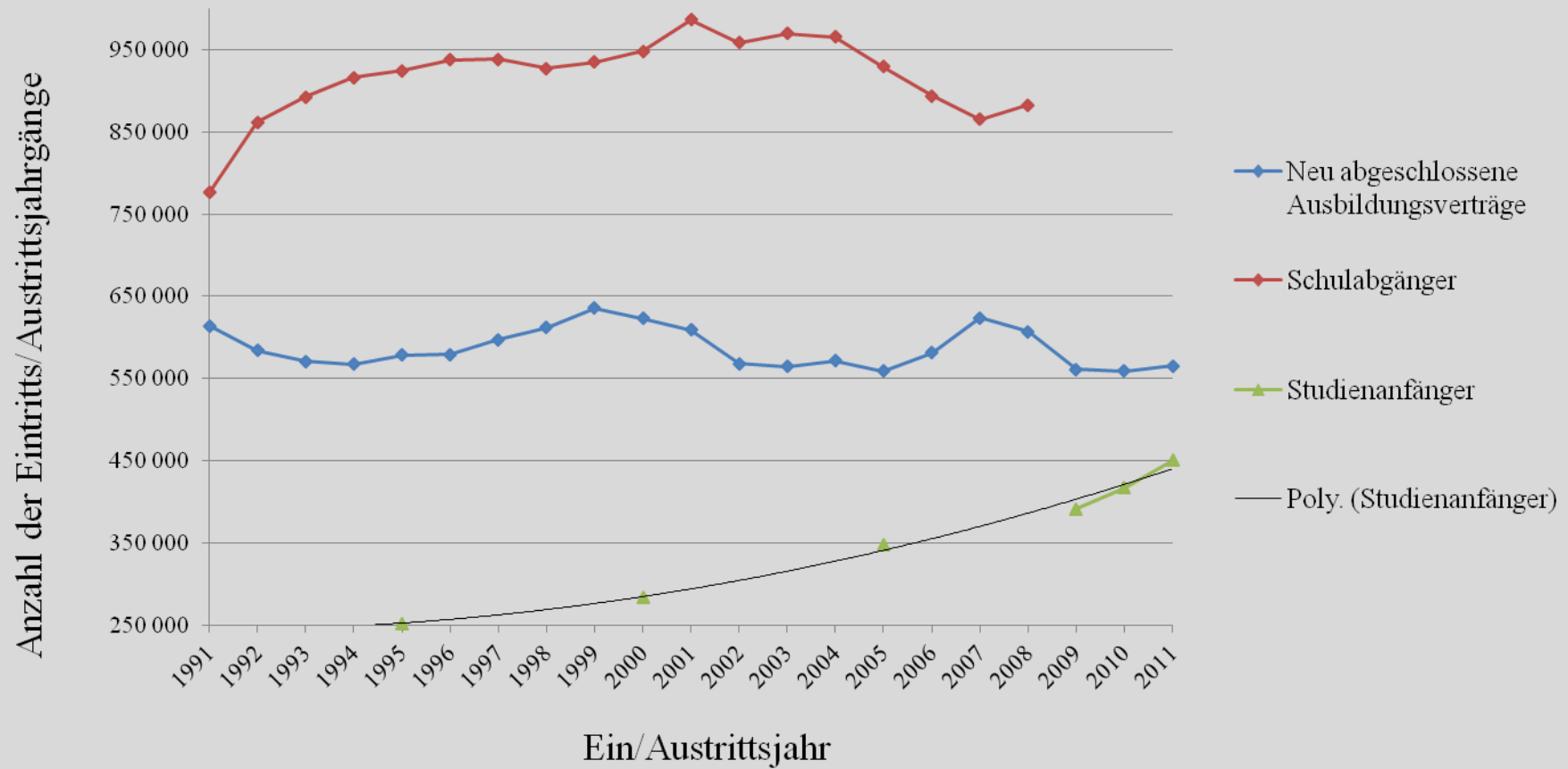


Diagramm 7: Entwicklung nach Jahrgängen. Auf Grundlage des Statistischen Bundesamtes

4.4. Zwischenfazit

Dieses Kapitel hat die Entwicklungen mit Hilfe statistischer Methoden dargestellt. Weiterhin wurde der zukünftige Trend der Ausbildungen in Deutschland dargestellt. Diese Entwicklungen stellen die Grundlage der weiteren Diskussion dar. Welche Maßnahmen zu einer nachhaltigen Ausbildung und somit zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem erforderlich sind, wird im nächsten Kapitel erläutert.

5. Nachhaltigkeit in der dualen Berufsausbildung und an den Hochschulen

Dieses Kapitel beschäftigt sich im Wesentlichen mit der Frage einer nachhaltigen Zukunft und einer dementsprechend sozialen Gerechtigkeit. Im Fokus steht dabei selbstverständlich die Ausbildung der heutigen und künftigen Jugend. Wie in den vorherigen Kapiteln schon angedeutet, wird es zwingend notwendig sein, die Ausbildungsstruktur weiterzuentwickeln und den Gegebenheiten einer nachhaltigen Wirtschaftsweise anzupassen. Untermauert werden die vorrangegangenen Auswertungen an dieser Stelle mit einer volkswirtschaftlichen Betrachtung. Dies ist notwendig, um den Blick für die Zukunft zu schärfen und Maßnahmen ableiten zu können.

5.1. Problemaufriss

Wenn von Nachhaltigkeit die Rede ist, wird diese oft nur einseitig betrachtet. Nachhaltigkeit beinhaltet jedoch drei wesentliche Dimensionen, die in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit betrachtet werden müssen. Dies schließt die Ökonomie, Ökologie und die soziale Dimension ein. Nur wenn alle Zieldimensionen gleichberechtigt gegenüberstehen, wird die Natur und somit der Mensch, in einem angemessenen Maße einen zukunftsfähigen Wohlstand erreichen. Die Problematiken, die sich dabei einstellen, sind die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Vertreter dieser Dimensionen. Ein Unternehmen wird, wenn es nicht gerade aus dem Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit Profit bezieht, in erster Linie die ökonomische Dimension für wichtiger erachten als die anderen beiden Dimensionen. Gleiches gilt natürlich auch für Umwelt- oder Sozialverbände, die ihren Bereich als größte Notwendigkeit betrachten. Diese aktuelle Situation stellt sich der Entwicklung allen Handelns in den Weg und muss überwunden werden. Für die weiteren Überlegungen ist es

essentiell, alle drei Zieldimensionen (Ökonomie, Ökologie und Soziales) als gleichberechtigt in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit anzusehen.

5.2. Versorgungssicherheit

Ein Problem, welches schon im Kapitel 4 dargestellt wurde, ist die schier unaufhaltsame digitale Revolution. Diese Problematik soll an dieser Stelle nochmals aufgegriffen werden, da diese eine wesentliche Rolle in der zukünftigen Versorgungssicherheit spielen wird.

Viele Ökonomen gehen inzwischen davon aus, dass sich die globalen Probleme, zusätzlich zu anderen Maßnahmen, mit Hilfe regionaler Versorgung lösen lassen. Dieser Ansatz ist nachvollziehbar, wenn bedacht wird, dass sich verstopfte Abflussleitungen oder ein nicht fahrtüchtiges Fahrzeug nicht von selbst reparieren. Versorgung im weiteren Sinne bedeutet dementsprechend nicht lediglich die reine Energieversorgung, wobei diese nicht weniger wichtig ist, sondern die Versorgung von materiellen Gütern, die unseren Anspruch an unsere in der Gesellschaft verankerten Grundbedürfnisse befriedigen. Das bedeutet auch, dass die Erzeugung von Produkten dort stattfinden muss, wo sie auch benötigt werden. Auch wenn wir uns in einer digitalen Revolution befinden, bedeutet dies nicht zwangsläufig eine positive Entwicklung auf dem Arbeits- und somit Ausbildungsmarkt. Die Geschichte hat schon einmal gezeigt, dass eine rasante Entwicklungsphase (industrielle Revolution) letztendlich mehr Armut und soziale Spaltung hervorgebracht hat. Auch mit den jetzigen Tendenzen werden langfristig mehr Arbeitsplätze in Deutschland und Europa vernichtet als geschaffen. Werden dann, nach Verlagerung vieler Bereiche in sozial unruhige Länder, internationale Krisen entstehen, können sich Deutschland und andere sogenannte Industriebstaaten, kaum noch selbst versorgen geschweige denn ernähren. Es muss also die Versorgungssicherheit gewährleistet werden, unabhängig von globalisierenden Entwicklungen. Das bezieht auch gerade die Ausbildung, genauso wie soziale Sicherheit der Betroffenen mit ein.

5.3. Handlungsempfehlungen

Um dem Nachhaltigkeitsdogma gerecht zu werden und den in dieser Arbeit dargestellten Entwicklungen entgegenzuwirken, wird eine Reihe von Maßnahmen immer im Hinblick auf die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit empfohlen. Grundsätzlich müssen vor allem die Rechte der Jugendlichen in Deutschland gestärkt werden. Dazu gehören nicht nur Mitbestimmungsrechte in der dualen Berufsausbildung und in der akademischen Ausbildung, sondern auch das Recht auf eine angemessene Ausbildung für jeden Schulabgänger. Dabei spielt es keine Rolle, ob ein regulärer Schulabschluss erfolgte oder nicht. Als richtungsweisend wird das System der ehemaligen DDR empfohlen. Weiterhin muss ein regulärer Austausch zwischen den ständigen Vertretungen der dualen Berufsausbildung und der Hochschulausbildung stattfinden. Beide Bereiche sollten die gleichen Voraussetzungen und Rechte besitzen. Gerade auf Hochschulebene müssen einheitliche Regelungen zur Mitbestimmung (Gremien, Ausschüsse) für das gesamte Bundesgebiet erarbeitet werden. Auf der anderen Seite müssen Mitbestimmungsrechte in Unternehmen für Auszubildende eingeführt werden.

Um die nachhaltige Entwicklung grundsätzlich zu fördern, darf die Attraktivität der dualen Berufsausbildung durch veraltete Bemessungsmethoden (OECD: Bildungsniveau) nicht mehr abnehmen, sondern muss wieder gefördert werden. So veraltet das BIP als Wohlstandsmaßstab betrachtet werden kann, so kann das Bildungsniveau nicht ausschließlich an der Anzahl der Studienabschlüsse bemessen werden. Hier wird eine Neuausrichtung der Bemessung des Wohlstands empfohlen. Das bedeutet, dass Ausbildungsberufe, die unsere Grundbedürfnisse sichern, durch politisch-rechtliche Rahmenbedingungen mehr Anerkennung gewinnen. Das bezieht auch vor allem die finanzielle Grundsicherung ein. Das kann zum einen durch Mindeststandards der Einkommen und Rechte der Beschäftigten erfolgen und zum anderen durch höhere finanzielle Belastung des Gütertransportes.

5.4. Zwischenfazit

Die neuen Herausforderungen des 21. Jh. stellen uns vor große Aufgaben, die es zu bewältigen gilt. Die nachhaltige Strategie, die in diesem Kapitel zu Handlungsempfehlungen führte, wird ein bedeutender Wegbereiter für die Zukunft einer sozial gerechteren Welt sein. Dieses Kapitel hat gezeigt, welche Maßnahmen zu integrieren sind und aus welchen Gründen diese notwendig sind. Die digitale Revolution kann nur sozial und ökologisch zukunftsfähig gestaltet werden, wenn gerade die Jugend perspektivisch positiv in die Zukunft blicken kann. Dazu bedarf es politisch durchzusetzender Maßnahmen, die zielführend sind und nicht unter der Last der erpresserischen Methoden von Unternehmen zusammenbrechen. Wie schon zur industriellen Revolution müssen erstarkende Gegenkräfte zum Kapital die eigenen Interessen durchsetzen.

6. Fazit

Die letzten Kapitel haben gezeigt wie schwierig und komplex die berufliche Ausbildung, sei es dual oder universitär, zusammenzufassen ist. Gerade der deutschsprachige Raum mit seinen besonderen Ausbildungsformen stellt eine große Herausforderung im Umgang mit Jugendlichen dar. Verschärft werden die Diskussionen um die Wissensvermittlung zusätzlich durch unzureichend ausgeprägte Bildungsniveaumessungen der OECD. Neue rechtliche und gesetzliche Regelungen und Ausbildungsstufen führen zu apathischem Verhalten vieler junger Menschen. Dieser Bericht zeigt, wie rasant und systematisch Rechte von Jugendlichen missachtet und abgebaut werden. Im historischen Rückblick zeigen sich immer wieder ähnliche Tendenzen, welche je nach wirtschaftlicher Lage und Unzufriedenheit der Bevölkerung bekämpft wurden. Es wird festgestellt, dass sich die jetzigen Ausbildungsformen an die technologischen Entwicklungen in den Industrienationen anpassen müssen und werden. Eine Weiterentwicklung bestimmter Berufsgruppen ist Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung dieser globalisierten Welt. Dennoch müssen Strukturen erhalten bleiben, die einen geregelten Ablauf der Basisversorgung, regional und lokal, garantieren. Auch wenn sich Deutschland als hochspezialisierte Technologiestandort weiterentwickelt, werden bestimmte Berufsgruppen, gerade in den Bereichen Handwerk, Industrie und Dienstleistung, auch weiterhin die Basis einer funktionierenden Wirtschaft darstellen.

7. Ausblick

Diese Arbeit soll helfen, wie eingangs schon erwähnt, die Weiterentwicklung der beruflichen Ausbildung Jugendlicher zu erleichtern, richtige Maßnahmen einzuleiten und vor allem die Rechte von Jugendlichen auszubauen und zu wahren. Die vorliegende Arbeit kann nur lediglich Ansätze für eine zukunftsfähige gerechte Gesellschaft, in der Jugendliche eine Perspektive haben, liefern. Es liegt nun an den Beteiligten in Politik und Wirtschaft, sowie an den Mitwirkenden in der Gesellschaft, einen möglichen zielgerichteten und annehmbaren Ansatz zu finden und diesen umzusetzen. Dies wird über die weitere Zukunft gesellschaftlicher Verantwortung entscheiden. Im nächsten Schritt müssen alle gesellschaftlich relevanten Aspekte und die dazu verschriftlichten Studien/Berichte ausgewertet werden, um notwendige Maßnahmen als Vorschläge für die Gesetzgebung zu unterbreiten. Eine reine Marktregulierung kann nicht die nötigen Weichen einer nachhaltigen Gesellschaftform stellen.

Literaturverzeichnis

Beer, Klaus P.: Schule und Erziehung. Online: schule_erziehung-01.pdf, download v. 12.03.2012

Bollenbeck, Georg/Wende, Waltraud (2007): Der Bologna-Prozess und die Veränderung der Hochschullandschaft, Heidelberg 2007

DGB-Jugend (2013): Students at Work. Hintergrund Mitbestimmung an Hochschulen – Eine Bestandsaufnahme und Ideen zur Unterstützung studentischer Mitbestimmungsmöglichkeiten. Online: http://www.dgb-jugend.de/studium/mehr_infos/toolbox_campusarbeit/data/hg_mitbestimmung.pdf, download v. 06.05.2013

Europäische Zeitschrift, Berufsbildung Nr. 32: Zur Geschichte der beruflichen Bildung in Europa. Von der Divergenz zur Konvergenz: Belgien 2004

Hauff, Volker: Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung: Greven 1987

Hosting Agency (2013): Studenten. Online: <http://u01151612502.user.hosting-agency.de/malexwiki/index.php/Studenten>, download v. 04.05.2013

Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED:
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 1. Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, Berlin 1966
Band 2. Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1917, Berlin 1966
Band 4. Von 1924 bis Januar 1933, Berlin 1966

kiwithek: Geschichte der Wissenschaft. Online: http://kiwithek.kidsweb.at/index.php/Geschichte_der_Wissenschaft, download v. 29.04.2013

KmK (2013): Übersicht Hochschulgesetze. Online: <http://www.kmk.org/>

- dokumentation/rechtsvorschriften-und-lehrplaene-der-laender/uebersicht-hochschulgesetze.html, download v. 06.05.2013
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch1: Der Produktionsprozeß des Kapitals: Friedrich Engels (Hg), Hamburg 1890: 13. Kapitel – Maschinerie und große Industrie, Berlin 1962
- O.V.: Handwerksbarberei, oder die Geschichte meiner Lehrjahre. Ein Beytrag zur Erziehungsmethode deutscher Handwerker. Halle und Leipzig 1790
- Petzold, Günter/Wahle, Manfred: Ideen- und Sozialgeschichte der beruflichen Bildung: Günter Petzold/Manfred Wahle (Hg): Entwicklungslinien der Berufsbildung von der Ständegesellschaft bis zur Gegenwart, Baltmannsweiler 2009
- Platon (*427 – †348/347 v. Chr): Schule und Erziehung in Zitaten von Philosophen.
- Rogall, Holger: Volkswirtschaftslehre für Sozialwissenschaftler. Eine Einführung: Wiesbaden 2006
- Statistisches Bundesamt: Publikationen. Allgemeinbildende Schulen – Fachserie 11 Reihe 1. Online: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/AlteAusgaben/AllgemeinbildendeSchulenAlt.html>
- Statistisches Bundesamt: Zahlen und Fakten. Berufliche Bildung – Fachserie 11 Reihe 3. Online: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BeruflicheBildung/BeruflicheBildung.html>
- TU-Darmstadt (2012): Die drei Säulen der Nachhaltigkeit. Online: http://www.intern.tu-darmstadt.de/media/dezernat_iv/d4_grafiken/sulen_nachhaltigkeit.gif, download v. 11.03.2012
- Universität Bielefeld (2013): Hochschulentwicklung vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Hochschulentwicklung von den Anfängen bis 1945. Online: http://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/kruecken/pdf/AG1_Hochschulentwicklung.pdf, download v. 04.05.2013

Universität Leipzig (2013): Das Mittelalter und die Gründung europäischer
Universitäten. Online: [http://www.uni-leipzig.de/~agintern/uni600/
ug100d.pdf](http://www.uni-leipzig.de/~agintern/uni600/ug100d.pdf), download v. 04.05.2013

Anhang I

*Aus den Forderungen der Reichskonferenz der arbeitenden Jugend,
angenommen am 3. Dezember 1926*

1. Erhöhung der Löhne der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge, da diese heute gänzlich unzureichend sind. Festlegung von Mindestlöhnen, die dem Existenzminimum entsprechen.
2. Beschaffung von Arbeit und Berufsausbildung für alle jugendlichen Erwerbslosen unter tariflichen Bedingungen und Kontrolle der freien Gewerkschaften. Durchführung von großzügigen Notstandsarbeiten, Errichtung von Lehrwerkstätten in den Betrieben mit tariflicher Bezahlung der Jugendlichen unter Kontrolle der freien Gewerkschaften.
3. Verbot der sofortigen Entlassung der Jugendlichen nach Beendigung der Lehrzeit. Weiterbeschäftigung mindestens ein halbes Jahr zu tariflichen Bedingungen. Aufhebung jeder Überstunden- und Nacharbeit, die heute von Jugendlichen besonders oft erzwungen wird.
4. Abschaffung der individuellen Lehrverträge, Einbeziehung aller jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge in die kollektiven Tarifverträge. Insbesondere auch volles Streikrecht.
5. Kampf gegen §127a der Gewerbeordnung, der das Züchtigungsrecht der Lehrherren vorsieht.
6. Herabsetzung der Arbeitszeit der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter bis 18 Jahre auf sechs Stunden und Gewährung eines vierwöchigen bezahlten Urlaubs.
7. Unbedingte Innehaltung der bestehenden Jugendschutzbestimmungen, darüber hinaus Kampf für weitere Verbesserung der Jugendschutzbestimmungen und Ausdehnung auf alle Jugendlichen bis zu 18 Jahren.

8. Abschaffung der Prügel-, Arrest- und Geldstrafen und sonstigen Zwangsmaßnahmen in den Berufs- und Fortbildungsschulen. Einrechnung der Schulzeit in die Arbeitszeit und volle Bezahlung der Schulzeit. Kostenlose Lieferung von Lernmitteln. Kampf gegen die Wiedereinführung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen.
9. Zahlung der Erwerbslosenunterstützung an alle jugendlichen Erwerbslosen, auch an die unter 18 bzw. 16 Jahren in der Höhe der Unterstützung der Erwachsenen. Zahlung der Unterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit.
10. Sofortige 50prozentige Erhöhung der Unterstützungssätze für jugendliche Erwerbslose.
11. Kampf gegen alle Regierungsmaßnahmen, die eine Staffelung und Herabsetzung der Unterstützungssätze vorsehen (Reichserwerbslosenversicherungsgesetz, Krisenfürsorge).
12. Schaffung und Ausbau der Jugendheime, ohne Arbeits- und Stempelzwang in den Heimen. Zutritt für alle Jugendlichen bis 21 Jahren. Wahl der Heimleiter und Heim- oder Beschwerdekommisionen durch die Heimbesucher. Versorgung der Heime mit Arbeiterliteratur und Ausbau der Nachmittage mit proletarischen Veranstaltungen und Vorträgen. Alle Jugendheime sowie deren Verwaltungen sollen unter der Kontrolle der freien Gewerkschaften und der proletarischen Jugendorganisationen stehen.
13. Verbot der zwangsweisen Verschickung jugendlicher Erwerbsloser aufs Land, Kampf gegen alle offenen und verschleierten Versuche zur Einführung der allgemeinen oder teilweisen Arbeitsdienstpflicht (z.B. Pflichtarbeit, Werkkurse usw.) sowie gegen die Versuche, die erwerbslose Jugend der gesamten Arbeiterschaft zu entfremden, sie im Sinne der Bourgeoisie weiter zu erziehen und gegen die Arbeiter auszuspielen (z.B. Werksport, Sportkurse, Verlängerung des Schulalters usw.).

Resolutionen und Beschlüsse des Reichskongresses der Werktätigen.
Abgehalten in Berlin, 3. Bis 5. Dezember 1926.

Hrsg. Vom Reichsausschuss der Werktätigen.
Vorsitzender: Fritz Heckert, MdR,
Berlin o. J., S. 43 – 45.

2

Aus der gemeinsamen Erklärung der KPD und des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands vom 12. April 1941

„Hitler erklärte Jugoslawien und Griechenland den Krieg. ... Heute wird die deutsche Jugend für reaktionäre großkapitalistische Interessen in den Bergen des Balkans, in den Wüsten Afrikas, auf fernen Meeren in den Tod getrieben. Die edelsten Ideale und der Heroismus unserer Jugend werden für eine schändliche Sache mißbraucht. Die deutsche Jugend soll ihr Blut hergeben für die volksfremden, verdammungswürdigen Kriegsinteressen der deutschen kapitalistischen Machthaber, sie wird mißbraucht als Gendarm gegen die Völker Europas. Die Ehre der deutschen Jugend gebietet, den Friedenswillen des jugoslawischen und des griechischen Volkes zu achten. So wie sich der deutsche Arbeiter und Bauer im Soldatenrock nach Rückkehr in die Heimat sehnt, so will auch der jugoslawische Arbeiter und Bauer in Frieden und Freiheit leben. Die Ideale der deutschen und der jugoslawischen Jugend können nicht im gegenseitigen Kampf, sondern nur im gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, ..., verwirklicht werden.“

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, 3/1224, Bl. 16 – 18.

3

Weibert, Claus-Dieter: Berufsbildungsrecht. In: Kaiser, Franz-Josef; Pätzold, Günter (Hrsg.): Wörterbuch der Berufs- und Wirtschaftspädagogik. 2. Auflage. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 2006a S. 128f.

1. „die Schaffung einheitlicher Strukturen für eine systematische und im Interesse der Mobilität breit angelegte betriebliche Berufsbildung,

2. die Anerkennung und inhaltliche Regelung von Ausbildungsberufen durch als Rechtsverordnung ausgestaltete Ausbildungsordnungen zur Absicherung eines Mindeststandards im Qualifikationsniveau,
3. die rechtliche Absicherung der Dualität der Ausbildung durch Festlegung von Koordinierungsmechanismen zwischen betrieblichem und schulischem Ausbildungsteil,
4. die Zusammenführung der an der Berufsbildung beteiligten gesellschaftlichen Gruppen in paritätisch besetzten Gremien und die Mitwirkung der Sozialpartner bei der Fortentwicklung der Berufsausbildung,
5. die grundsätzliche Regelung der Rechte und Pflichten der Beteiligten am Ausbildungsvertrag,
6. die Einführung konkreter Eignungsanforderungen an Betriebe und Ausbilder,
7. die erstmalige einheitliche Regelung auch wichtiger Bereiche der beruflichen Umschulung und Fortbildung, insbesondere der Prüfungen.“

Anhang II

Lineares Modell zu Kapitel 4.

Abhängigkeit der Anzahl der Studierenden zur Anzahl der Auszubildenden in der dualen Berufsausbildung

Formulierung eines linearen Modells → Regression

$$Y_j = a + bX_j + U_j$$

U_j = Störvariablen → hier $E(U_j) = 0$

X_m = Arithmetischer Mittelwert mit: $\frac{1}{n} \sum_{j=1}^n X_j$

Y_m = Arithmetischer Mittelwert mit: $\frac{1}{n} \sum_{j=1}^n Y_j$

In dieser Arbeit wird für die argumentative Betrachtung lediglich das Bestimmtheitsmaß mit folgenden Formeln berechnet. Die Ermittlung der Daten für die Regressionsgerade wird durch die vorhandene Streuung als nicht sinnvoll angesehen und hier außer Acht gelassen.

$$D_{xy} = \frac{1}{n} \sum_{j=1}^n (X_j - X_m) * (Y_j - Y_m)$$

$$D_x^2 = \frac{1}{n} \sum_{j=1}^n (X_j - X_m)^2$$

$$D_y^2 = \frac{1}{n} \sum_{j=1}^n (Y_j - Y_m)^2$$

$$R_{xy}^2 = \frac{D_{xy}^2}{D_x^2 * D_y^2}$$

Numerische Ergebnisse in Tabellenform:

Dx²	Dy²	Dxy
553621671 6	41326514015	-13317221324
Dx	Dy	
74405,7573	203289,2373	

X_m=Mittelwert	1 562 539
Y_m=Mittelwert	2059552,8

R²	0,7751493	77,514934	%
----------------------	------------------	------------------	----------

Jahre [i]	Auszubildende [Tsd]	Studierende [Tsd]	$(X_i - X_m)$	$(Y_i - Y_m)$	$(X_i - X_m)^2$	$(Y_i - Y_m)^2$	$(X_i - X_m) * (Y_i - Y_m)$
1995	1 579 339	1853243	16 800	-206309,8	282228800	42563747330	-3465936430
2000	1 702 017	1798863	139 478	-260689,8	1,9454E+10	67959189203	-36360409677
2005	1 553 437	1985765	- 9 102	-73787,83	82852472,1	5444644348	671641454,9
2009	1571457	2121178	8 918	61625,167	79524778,8	3797661167	549552694,6
2010	1508328	2217294	- 54 211	157741,17	2938868662	24882275661	-8551358967
2011	1460658	2380974	- 101 881	321421,17	1,038E+10	1,03312E+11	-32746817022

Tabelle 1: Arbeitstabelle zur Berechnung des Bestimmtheitsmaßes auf Grundlage des statistischen Bundesamtes

Anhang III

Trendanalyse zu Kapitel 4

Prognose über die Entwicklung der Anzahl der Auszubildenden in der dualen Berufsausbildung

Die vorliegende Prognose wird in dieser Arbeit mit dem Ansatz des linearen Modells berechnet. Dazu wird an dieser Stelle auf die vorhandenen Formeln zur Ermittlung des Bestimmtheitsmaßes aus dem Anhang II verwiesen. Für die Darstellung der Prognose werden lediglich 2 weitere Kennzahlen benötigt.

Kennzahlen zur graphischen Darstellung der Prognose:

$$b = \frac{D_{xy}}{D_x^2}$$

$$a = y_m - b * x_m$$

Für die relevanten Jahre, 2012-2020, werden für die Variable j jeweils das für die Ermittlung relevante Jahr eingefügt, um die Prognose erstellen zu können:

$$Y_j = a + b * j$$

Die Daten aus den Jahren 1992-2011 wurden den Statistiken des statistischen Bundesamtes entnommen und befinden sich am Ende des Anhangs III

Numerische Ergebnisse in Tabellenform:

Dx^2	Dy^2	Dxy
33,25	3553723831	-197693

X_m=Mittelwert	10,5
Y_m=Mittelwert	1602635

b	-5946
a	1665064

Y_{2012}	1534260
Y_{2013}	1528314
Y_{2014}	1522368
Y_{2015}	1516423
Y_{2016}	1510477
Y_{2017}	1504531
Y_{2018}	1498586
Y_{2019}	1492640
Y_{2020}	1486694

Jahr [j]	X	Auszubildende [Tsd] Y	$(X_i - X_m)$	$(Y_i - Y_m)$	$(X_i - X_m)^2$	$(Y_i - Y_m)^2$	$(X_i - X_m) * (Y_i - Y_m)$
1992	1	1666205	-9,5	63570	90,25	4041183042	-603918
1993	2	1629312	-8,5	26677	72,25	711678335,3	-226757
1994	3	1579879	-7,5	-22756	56,25	517821882,5	170668
1995	4	1579339	-6,5	-23296	42,25	542689638,5	151422
1996	5	1592227	-5,5	-10408	30,25	108320219,3	57242
1997	6	1622208	-4,5	19573	20,25	383114072,9	-88080
1998	7	1657764	-3,5	55129	12,25	3039239718	-192953
1999	8	1698329	-2,5	95694	6,25	9157399052	-239236
2000	9	1702017	-1,5	99382	2,25	9876841553	-149073
2001	10	1684669	-0,5	82034	0,25	6729626376	-41017
2002	11	1622441	0,5	19806	0,25	392289519,7	9903
2003	12	1581629	1,5	-21006	2,25	441239432,5	-31509
2004	13	1564064	2,5	-38571	6,25	1487698898	-96427
2005	14	1553437	3,5	-49198	12,25	2420413685	-172192
2006	15	1570615	4,5	-32020	20,25	1025261188	-144089
2007	16	1594773	5,5	-7862	30,25	61806326,89	-43239
2008	17	1613343	6,5	10708	42,25	114667688,9	69604
2009	18	1571457	7,5	-31178	56,25	972048977,3	-233833
2010	19	1508328	8,5	-94307	72,25	8893753665	-801607
2011	20	1460658	9,5	-141977	90,25	20157383343	-1348779

Tabelle 2: Berechnung des Bestimmtheitsmaßes zur Prognose Erstellung auf Grundlage des statistischen Bundesamtes